

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

Der Funke erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lektoren erfolgt höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.- Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14 Inselstr. 8a Fernruf: F 7. Janowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 8046 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 155 B

BERLIN • Dienstag, den 5 Juli 1932

1 JAHRGANG

Falsche Freunde der Arbeiterschaft. Brünings Ohrfeigen an die sozialdemokratischen Koalitionsbrüder.

W-er. Am Sonntag sprach der bayerische Staatsrat Schäffer auf einer Versammlung der Bayerischen Volkspartei in Landshut in Bayern. Er führte dort u. a. aus:

Die bayerische Regierung werde sich bemühen, Recht und Sicherheit und Ordnung im Staate zu garantieren. Sie hoffe, daß sie mit den polizeilichen Kräften das leisten könne. Sollten sich Gefahren zeigen, so werde keine Reichsnotverordnung das Recht verweigern können, der Gefahr entgegenzutreten, und da zu löschen, wo Flammen aufschlagen. Schon im Jahre 1919 habe in Bayern die Straße unter dem Terror einer Partei gestanden. Damals habe sich alles, was den Terror der Straße bekämpft, unter der

Idee des Selbstschutzes gesammelt. Dieser Gedanke müsse wieder erstehen. Die bolschewistische Gefahr in Deutschland sei schon deswegen bekämpft, weil man sich die Frage stellen müsse, in welcher Verfassung die Mitglieder der Reichsregierung, wenn sie es erlauben müssen, daß alle Versprechungen im Dritten Reich Lug und Trug sind.

Dieser wahre Sinn des bayerischen „Antifaschismus“ ist sehr geeignet, denen, die es noch nicht wußten, deutlich zu zeigen, daß die bayerischen und auch andere Kleinbürger und katholischen und sonstigen „wahren Patrioten“ keine Bundesgenossen des Proletariats sind für den Aufbau einer sozialistischen Ordnung. Es ist interessant, zu sehen und deutlich zu hören, wie weit sich hier ein typischer Vertreter dieses Kleinbürgertums offen über die wahren Gründe seiner Abneigung gegen den Nationalsozialismus äußert. Er bekämpft die Hitlerische Massenbewegung „schon deshalb“, weil sie unter Umständen durch ihre Propaganda die bolschewistische Gefahr stärke.

Wir fürchten „diese Gefahr“ nicht so sehr; denn die Anfüllung eines Menschen mit verrückten Vorstellungen macht ihn selbstverständlich nicht zum Sozialisten. Für den bayerischen Kleinbürger ist beides natürlich dasselbe. Für ihn gilt letzten Endes jeder, der an dem Gemisch von monarchistischem Gottesgnadentum und katholischer Herdenorganisation etwas beanstandet, als Bolschewist. Im Augenblick erscheint ihm von den beiden „bolschewistischen“ Abarten die nationalsozialistische als die gefährlichere. Daher sein Kampf gegen sie.

Noch deutlicher als dieser Staatsrat ist der ehemalige Reichskanzler Brüning geworden, der sich in großen Wahlveranstaltungen des Zentrums nicht nur gegen den Bolschewismus, sondern sogar gegen den Sozialdemokratismus gewandt hat. In langatmigen Wendungen erklärte er in Bonn in Bezug auf die Regierung P a p e n : Das Zentrum frage nicht danach, wer den Erfolg erziele, wenn er nur erzielt würde!

Dadurch wird die Absage an das Kabinett P a p e n schon wesentlich unschärfer.

In Köln wurde Herr Brüning noch deutlicher. Hier wandte er sich besonders gegen die Behauptung, er hätte es abgelehnt, grundsätzlich mit der Rechten zusammenzugehen.

Er sei von Haus aus konservativ eingestellt und pflege sich nicht zu ändern. Er sei der Ueberzeugung gewesen, daß nach den Preußenwahlen zunächst ein Kabinett mit der Rechten zu bilden sei. Er habe diese Verhandlungen selbst eingeleitet, ohne eine Illoyalität nach der anderen Seite zu begehen. Manche Leute hätten aber in den berühmten fünf Minuten vor Schluß nicht mehr warten können.

Er könne nur sagen, daß es möglich gewesen wäre, auch nach seinem Rücktritt eine verständige Lösung zu finden, und zwar die Konstellation der Regierungspolitik, die der Parteivorsitzende Kaas dem jetzigen Herrn Reichskanzler von P a p e n mit auf den Weg zum Reichspräsidenten gegeben habe. Deutlicher wolle er nicht werden.

Um in keinen Zweifel an seiner Gesinnung zu lassen, erklärte Herr Brüning weiter, daß er selbstverständlich mit den Siedlungsmaßnahmen in Ostdeutschland keinen Siedlungssozialismus treiben wolle, sondern „den hungernden, nachgeborenen Söhnen aus dem Westen und Süden Deutschlands auch mal einen Happen Land im Osten habo

Vorwärts zur Einheit!

Als ich am Sonnabend in Göttingen eintraf, um dort über die Einheitsfront zu sprechen, sagten mir die Genossen, daß der ISK seine öffentliche Versammlung abgesetzt habe. Die Göttinger Arbeiterschaft demonstrierte heute geschlossen für Freiheit und Recht. Freude und Sorge erfüllten mich. Freude darüber, daß wir nicht mehr über die Einheitsfront zu reden brauchten; Sorge um das Gelingen der einheitlichen Aktion.

„An die Arbeiterschaft!

Heraus zur Demonstration heute abend 18 Uhr!
Gegen die Notverordnung und damit gegen den Faschismus
Gegen Kürzung der Leistungen in der Arbeitslosenversicherung
Gegen Kürzung aller Renten
Gegen Terror

demonstriert die gesamte Arbeiterschaft in Göttingen ...
Für Freiheit und Recht! ...“

So stand es in der Ankündigung der Kundgebung. 1500 Arbeiter marschierten durch die Straßen Göttingens. Der Wille zur Einheit war beim größten Teil der Göttinger Arbeiterschaft schon seit langer Zeit vorhanden. Ein Ueberfall der NS auf „Reichsbanner“-Mitglieder am vorigen Mittwoch ließ

diesen Willen spontan zur Tat werden. Im Zuge marschierten die Kolonnen des antifaschistischen Kampfbundes, die Staffeln der Eisenbahngewerkschaft, der Freidenker, des „Reichsbanners“; alle darin einig, den immer frecher auftretenden Nazis die Abwehrfront der Arbeiter zu zeigen.

Am Sammelplatz begrüßten sie sich gegenseitig. „Rot Front“ schallte es herüber, und „Freiheit“ kam es zurück. Alle Fäuste erhoben sich. Kein Mißton störte die Kundgebung. Provokatorisch auftretende Nazis wurden schnell zur Ruhe gebracht. Nur der Lärm der Glocken der Albani-Kirche über-tönte einmal den Redner. Doch die Genossen wußten sich zu helfen. Sie stimmten die „Internationale“ an, und die Musik setzte ein. Als die Kirchenglocken endlich verstummten, sang es im Chor über die Versammelten hinweg: „Arbeiter, heraus aus der Kirche!“ — „Heraus! Heraus! Heraus!“ kam es als Antwort aus den Massen zurück.

Stolz und mit Kraftbewußtsein erfüllt, zogen die Arbeiter nach dem „Volksheim“ zurück, wo sich der Zug auflöste. Ein berechtigter Stolz, denn die Göttinger Genossen haben einen Schritt auf dem Wege zur Einigkeit des Proletariats getan, den viele Genossen noch heute für unmöglich halten. Mögen die Göttinger Genossen auf dem beschrittenen Wege weitergehen, und mögen die Genossen an anderen Orten ihrem Beispiel recht bald folgen. Walter Probst.

Münchener Arbeiter geeint gegen Faschismus.

Riesenplakate verkündeten der Münchener Bevölkerung, daß anläßlich des Gaudages der NSDAP Hitler selber in einem eigens für diesen Zweck im Nordwesten Münchens aufgebauten Riesenzelt reden werde. Die braune Armee sollte geschlossen durch den Norden und Nordwesten Münchens zur Kundgebung marschieren.

Um den Braunhemden die Straße nicht allein zu überlassen, rief die Eiserner Front die Münchener freilorganisierte Arbeiterschaft zu einer Demonstration gegen die „Hitler-Politik der Regierung P a p e n“ auf. Alle Schaffenden wurden aufgefordert, zu kämpfen „um das höchste Gut der Menschheit, um Freiheit und Leben“.

Diesem Aufruf gegen den Faschismus folgten dann nicht nur Gewerkschaften, SPD, „Reichsbanner“ und Arbeitersportorganisationen, sondern auch Kommunisten, Angehörige der Antifaschistischen Aktion, der SAP und andere.

Es kam ein eindrucksvoller Demonstrationzug zustande, der sich durch die Arbeiterviertel Münchens bewegte und

dem sich — mitgerissen von der allgemeinen Begeisterung — immer mehr Arbeiter anschlossen. Die Einheitsfront war da, und deutlich zeigte sich auf den Gesichtern der Arbeiter verschiedener Richtungen die Freude darüber, daß eine einheitliche Demonstration gegen den Faschismus gelungen war; und der Wille, die Einheitsfront gegen den Faschismus auch über diesen einen Tag hinaus bestehen zu lassen, mag in manchem spät noch mißtrauischem Genossen erwacht sein.

Reichsbannerleute und Kommunisten begrüßten einander in freundschaftlicher Weise mit „Freiheit“ und „Rot Front“, zuweilen wurde zwischen beiden Gruppen ein neuer Gruß ausgetauscht: „Einheit!“

Die Arbeiterschaft Münchens hat gezeigt, daß einheitliche Aktionen der Arbeiterschaft gegen den Faschismus möglich sind. Diese könnten noch wirkungsvoller gestaltet werden, wenn die Spitzenorganisationen sie nicht nur dulden, sondern beauftragt organisieren unter Verzicht auf parteipolitische Propaganda.

zutellen“ wollen dadurch, daß man „einen gewissen kleinen Prozentsatz von Gütern, die nicht bewirtschaftet werden könnten“, dafür freimachte.

Der Rechten machte Herr Brüning den schweren „Vorwurf“, sie habe sich ihm versagt, er habe die Hände derer ergreifen müssen, die sich angeboten hätten. Niemals habe eine Bindung gegenüber der Sozialdemokratie bestanden; aber ebenso sei es Tatsache, daß die Sozialdemokratie für die Opfer-Verständnis gehabt habe, die im Interesse des Vaterlandes notwendig gewesen seien.

Diese Reden führender Katholiken, und zwar der bayerischen und der preussischen, sollten unseren sozialdemokratischen Politikern zu denken geben. Sie bekommen diese Ohrfeigen gerade zur rechten Zeit, um ihre Politik daraufhin noch zu ändern. Sie sollten endlich von ihrer Freundschaft oder besser ihrer Nachläuferei hinter dem Bürgertum her ablassen und sich der Seite und ihren Interessen wieder zuwenden, die sie großgemacht hat und aus deren Tradition sie erwachsen ist: der Arbeiterschaft. Die ganze katholische Ideologie, die sich hier in dem jesuitischen „Frontsoldaten“ Brüning, dem Freund des Prälaten Kaas, zeigt, hat mit den Interessen der Arbeiterschaft und des Sozialismus auch nicht das Geringste zu tun. Wenn diese Leute gelegentlich etwas für die Arbeiterschaft tun, geschieht entweder aus Opportunismus oder in Anlehnung an das kleinbürgerliche „Ideal“ des katholischen Volksgemeinschaftstaates.

Das sozialistische Ziel sieht selbstverständlich ganz anders aus. Es verlangt die Freiheit für alle in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Hinsicht und eine notwendige Einigung der Freiheit jedes Einzelnen nur nach dem Maßstab der Gerechtigkeit, wonach in der Beschränkung der Freiheit keiner dem andern gegenüber Vorrechte genießen soll — es verlangt also die Beseitigung aller sogenannten gottgewollten Unterschiede und die Aufhebung einer Ordnung, in der es klassenmäßig organisierte Herren und Knechte gibt.

Für dieses Programm tritt nur die sozialistische Arbeiterschaft ein. Seine Durchsetzung wird ungeheure Anstrengungen kosten, und es ist sicher nötig, sich für diese Durchsetzung Bundesgenossen zu suchen. Aber eho man sich nach anderen Bundesgenossen umsieht, ist es selbstverständlich nötig, daß die Arbeiterschaft selber ein einiges Vorgehen für den Sozialismus beschließt. Das beste wäre natürlich eine politische Einigung aller Arbeiter in einer Partei. Bei dem heutigen Zustand der Arbeiterbewegung ist dies allerdings nicht der erste Schritt auf dem Wege; ihm müssen einfachere vorangehen. Ein Schritt dieser näherliegenden Art ist die Verständigung der großen deutschen Arbeiterparteien für den 31. Juli in bezug auf das parlamentarische Vorgehen gegen den Faschismus. Wenn hier ein solcher Schritt gelangt, d. h. wenn hier die Parteien sich zur Einreichung gemeinsamer Listen entschließen, ist der Weg frei für die folgenden und weiterreichenden Schritte zur Einigung und zum Sozialismus.

Der Jahresbericht des Völkerbundes.

Eine unergiebigere Einrichtung.

Der Generalsekretär des Völkerbundes veröffentlichte am Sonnabend den Bericht über die seit der Septembertagung von 1931 geleistete Arbeit des Völkerbundes. Der Bericht vermeidet durch die Kärglichkeit seiner Darstellung das Zugeständnis der inzwischen herbeigeführten Blamagen. Das Kapitel über die Abrüstungskonferenz und das über den chinesisch-japanischen Konflikt sind inoffiziell, besonders zurückhaltend; offizielle Reden und Entschlüsse werden gebracht, die Kritik aber, die von Völkerbundsmächten vor allem am Vorgehen des Völkerbundes im chinesisch-japanischen Streit geübt worden ist, fehlt in dem Bericht.

Es fehlt ferner der Angriff gegen die hohen Kosten des Völkerbundsapparats, der von verschiedenen Seiten erhoben wurde. Es wird nur mitgeteilt, daß die Ausgaben im kommenden Rechnungsjahr um 2,5 Millionen Schweizer Franken sinken sollen. Da die Ausgaben bisher 32,5 Millionen Franken betragen, bedeutet das eine Ersparnis von nur 7,5 Prozent. Und nicht einmal diese Ersparnis ist gesichert; denn der Haushaltsplan sieht für das kommende Rechnungsjahr keine Ausgaben für die Abrüstungskonferenz vor. Die Aussicht, die Abrüstungskonferenz vor Beginn des neuen Rechnungsjahres (das nach der Septembertagung beginnt) abzuschließen, ist aber bei den heutigen Verschleppungsmanövern äußerst gering. Die Konferenz wird sich vielmehr vermutlich schon bald bis zum Oktober vertagen.

Sieben Jahre Zuchthaus wegen Verrats militärischer Geheimnisse — dieses Urteil fällt der vierte Strafsenat des Reichsgerichts gegen den Verwaltungsunteroffizier Schirmor, der in Tübingen bei der Reichswehr diente. Der Schuhmacher Kuhlmaul aus Kehl wurde wegen Beihilfe zu einem Jahr, acht Monaten Zuchthaus verurteilt. Die beiden haben, wie Schirmor gestand, für den französischen Spionagedienst gearbeitet.

Finanzschwierigkeiten in Frankreich.

Nach gründlicher Vorbereitung durch den Heeres- und den Finanzausschuß sollte das französische Finanzprogramm am Montag der französischen Kammer vorgelegt werden. Der Heeresausschuß hat seine Arbeit getan. Gegenüber den Angriffen von rechts, die sich gegen die erheblichen Einsparungen am Heeresetat richteten, hat der Kriegsminister Paul-Boncour beruhigend erklärt, daß die Heeresstärke nicht eingeschränkt werden sollte. Wenn diese Zusicherung auch keine Sicherheit gegen erneute Angriffe in der Kammer bot, so stand doch der Kammerdebatte von hier aus kein Hindernis im Weg.

Der Finanzausschuß, der in der Nacht von Sonnabend auf Sonntag tagte, hat sich dagegen mit dem Programm nicht zufriedengegeben, sondern eine Reihe von Abänderungsanträgen angenommen, die im Interesse der Arbeiter und des Mittelstandes verschiedene von der Regierung vorgeschlagene Sparmaßnahmen zurückweisen. Der Haushaltsminister Palmade lehnte die Verantwortung für diese Änderungen ab, da sie der schwierigen Finanzlage der Regierung nicht gerecht würden.

Da Herriot anlässlich der Beisetzungsfeierlichkeit für Briand zur Zeit in Frankreich ist, wurde beschlossen, für den Montag eine Kabinettsitzung einzuberufen, die zu den Abänderungsanträgen Stellung nimmt. Herriot selber erklärte, daß er zu dem Finanzprogramm der Regierung stehe und alles daransetzen werde, es durchzubringen. Da der Protest gegen das Programm von den ihn unterstützenden Mehrheitsparteien ausgeht, kann aus den Angriffen gegen das Finanzprogramm eine Bedrohung des Kabinetts entstehen.

Der Kampf um die Restzahlung.

S. H. Herriot hatte am Freitag einen sehr guten Empfang in der französischen Kammer; sowohl die Rechte wie die Linke haben ihm für die Führung der Lausanner Verhandlungen ihr Vertrauen ausgesprochen.

Der Optimismus, den er selber dabei zur Schau trug, als er erklärte, daß nur noch die Höhe der Restzahlung und ihre Tilgungsbedingungen zur Diskussion ständen, war allerdings unbegründet. Nachdem er am Sonnabend morgen nach Lausanne zurückgekehrt war, hatte er sofort eine lange Unterredung mit Mac Donald. Die Hauptschwierigkeit, die vorerst von deutscher Seite den Vorschlägen der Gläubigermächte entgegengesetzt wird, bezieht sich auf die Verkopplung der deutschen Zahlung mit den Interalliierten Schulden an Amerika. Deutschland lehnt diese Verkopplung aufs Entschiedenste ab. Es wird darin unterstützt durch eine Meldung aus Washington, wonach Hoover gleichfalls eine solche Verbindung zurückweist. Es scheint, als wenn Mac Donald in diesem Punkt zur Nachgiebigkeit bereit ist.

Den ganzen Sonnabend über hat das Büro ohne die Deutschen an der Redaktion des endgültigen Vorschlags der Gläubigermächte gearbeitet. Am Sonntag morgen begab sich Papon mit Schwerin-Krosigk zu Mac Donald zur Entgegennahme des Gläubigervorschlags. Eine amtliche Mitteilung über die Forderungen der Gläubigermächte liegt nicht vor, aber es steht fest, daß diese Mächte eine Restzahlung in der Höhe von 4,2 Milliarden Mark gefordert haben; ferner wird verlangt, daß die deutsche Regierung Bonds (Schuldverschreibungen) in der Höhe dieser Summe abliefern, die nach einem mehrjährigen Moratorium als endgültige Zahlung realisiert werden sollen. Diese Vorschläge lassen sich daraus entnehmen, daß die ablehnende Haltung der deutschen Regierung wie folgt zusammengefaßt wird:

1. Die deutsche Abordnung lehnt die Zahlung von 4,2 Milliarden Mark als untragbar ab.
2. Die Bedingungen für die Ausgabe der Bonds seien unannehmbar.
3. Die endgültige Regelung müsse eine ausdrückliche Beseitigung des Teils VIII des Versailler Vertrages einschließen, dessen erster Artikel (231) die Verantwortung

Deutschlands für die von den alliierten Mächten erlittenen Verluste und Schäden feststellt.

4. Noch einmal wird jeder Versuch abgelehnt, Deutschland in die Front der Schuldnermächte gegen Amerika einzureihen.

Dieser vierte Punkt hat die Zustimmung der meisten beteiligten Mächte gefunden.

Es liegt bisher weder ein Gegenvorschlag Deutschlands vor, noch eine neue Äußerung von Seiten der Gläubiger. Man rechnet in Lausanne damit, daß die Verhandlungen bis zum Ende der Woche weitergeführt werden. Mac Donald hat seine Abreise hinausgeschoben; auch Papon wird in Lausanne bleiben. Die Kabinettsitzung, die in Süddeutschland abgehalten werden sollte, ist abgesagt worden.

Aus den bisherigen Verhandlungen ergibt sich, daß Deutschland eine Restzahlung nicht mehr kategorisch ablehnt: ein Standpunkt, der weit größere Nachgiebigkeit zeigt, als Brüning sie bewiesen hat. Würde diese Bereitschaft, zu einem Abschluß zu kommen, das Ergebnis einer besonnenen und konsequent durchgeführten Verständigungspolitik, so würde diesem Abschluß, der an sich der einzig vernünftige Schritt ist, das fatale Odium erspart werden, das Produkt einer innerlich haltlosen Politik zu sein.

Wie der Sonderberichterstatter der „Frankfurter Zeitung“ meldet, haben die deutschen Delegierten noch am Sonntagabend dem Präsidenten der Konferenz einen Gegenvorschlag übergeben, der im wesentlichen das Papensche Memorandum der vorigen Woche wiederholt: Die deutsche Delegation legt Wert auf den Namen, den die unvermeidliche deutsche Zahlung tragen soll, sie wünscht, daß es sich nicht um eine Reparationszahlung, sondern um eine Aufbauzahlung handeln soll. Außerdem werden die Papenschen Forderungen, daß die Diskriminationen des Versailler Vertrages aufgehoben werden sollen, wiederholt.

Der Wortlaut des deutschen Vorschlags ist noch nicht bekanntgegeben worden. Der Berichterstatter der „Frankfurter Zeitung“ hat aber den Eindruck gewonnen, daß die deutsche Delegation die Möglichkeit sogar von Barzahlungen offengelassen hat.

Spaltung in der französischen Rechten.

Der Landesverband der Republikanischen Vereinigung (Gruppe Marin) hat in einer am Freitag abgehaltenen Sitzung beschlossen, daß sämtliche Mitglieder des Landesverbandes, die nach ihrer Wahl zu Kammerabgeordneten aus der Gruppe Marin ausgeschieden sind, um unter dem Vorsitz des ehemaligen Arbeitsministers Pernot eine eigene Gruppe zu bilden, aus dem Landesverband ausgeschlossen worden. Damit ist die seit langem angekündigte Spaltung in der einst so mächtigen reaktionären Partei Frankreichs Wirklichkeit geworden. Von dem Beschluß des Landesverbandes werden 17 Abgeordnete betroffen, die sich unter der Führung Pernots zusammengeschlossen haben.

Herriot am Grabe Briands.

Am Sonntag wurde die Leiche Briands nach seinem Landsitz Cocherel überführt. Herriot, Kellogg und der Präsident des Völkerbundes Hymäus kamen von Lausanne nach Cocherel, wo Herriot am Grabe Briands eine Rede hielt. Bezeichnend für die in Lausanne herrschende Atmosphäre ist es, daß er Briand bei dieser Gelegenheit dadurch charakterisierte, er habe trotz aller Nachgiebigkeit im Interesse der europäischen Solidarität niemals das Wohl Frankreichs vergessen.

Lloyd George fährt nach Moskau. Wie es heißt, wird Lloyd George im Juli in Moskau eintreffen und dort von Molotow, Litwinow, Krestinski und Stalin empfangen werden.

Neuer Kriegsstoff in der Mandschurei.

Die Zollmaßnahmen der Regierung Puji, die das Zollwesen der Mandschurei praktisch den Japanern ausliefern, dienen begreiflicher Weise dazu, die feindlichen Beziehungen zwischen der chinesischen Regierung und den jetzigen Herrschern der Mandschurei erheblich zu verschärfen.

Die Nanking-Regierung hat die chinesischen Zollbeamten ersucht, durch einen Streik gegen die Maßnahmen der Mandschurischen Regierung zu protestieren. Puji hat mit dem Entschluß geantwortet, alle Streikenden fristlos zu entlassen. 45 Zollbeamte, die sich weigerten, die Befehle der mandschurischen Regierung auszuführen, sind sogar verhaftet worden. Die mandschurische Regierung droht für den Fall weiterer Kampfmaßnahmen der Nanking-Regierung mit einem Einfuhrverbot für alle chinesischen Waren.

Der chinesische Gesandte in Tokio hat dem japanischen Außenministerium den Protest seiner Regierung gegen die mandschurischen Zollbestimmungen übergeben, in dem ein Appell an den Völkerbund angekündigt wird.

Unterdes geht in der Mandschurei der offene Krieg weiter. Im Süden der Provinz griff ein japanisches Fluggeschwader chinesische Aufständische an, die gegen die mandschurische Eisenbahn vorgingen. Die Japaner töteten nach ihrem eigenen Bericht durch Bombenabwürfe 200 Chinesen.

„Nach einem Kirchgang erfolgte die Schlüsselabgabe.“ (Bericht über die Einweihung eines Braunen Hauses in Zwickau.)

„Außerökonomische Reste“ bei Karl Marx.

Zwei Briefe.

Anlässlich der neuen Auflage des „Kapitals“, über die wir im „Funken“ vom 1. Juni berichtet haben, hat Karl Korsch von Julius Dickmann, Wien, einen Brief erhalten, den er uns zur auszugswweisen Veröffentlichung überlassen hat. Die Redaktion.

Als wichtigste Stelle Ihrer Einleitung erscheinen mir die auf Seite 20 ausgeführten Bemerkungen über jene Teile des „Kapitals“, die den Rahmen der ökonomischen Theorie sprengen, vor allem der Hinweis auf den „außerökonomischen Rest“ in der Behandlung der Akkumulationsfrage. Sie sind meines Wissens der erste, der darauf aufmerksam macht, daß Marx selber die Frage der ursprünglichen Entstehung des Kapitals nicht ökonomisch, sondern nur geschichtlich beantwortet (also methodisch genau so verfehlt, wie seine klassischen Vorgänger, nur inhaltlich von ihnen verschieden), daß er dieses Problem „schließlich überhaupt nicht mehr theoretisch, sondern in Form einer aus der Geschichte abgeleiteten Entwicklungstendenz vielmehr praktisch zu lösen“ sucht. Diese klare Feststellung einer für das „Kapital“ äußerst bezeichnenden Tatsache ist sehr dankenswert; aber leider bleibt sie bei Ihnen eine bloße Feststellung, die Sie gar nicht beunruhigt, an der Sie nichts auszusetzen haben. Ja, es scheint geradezu, daß Sie darin einen Vorzug des Werkes sehen, wohl in der Meinung, daß hier der Punkt ist, wo die Ökonomie aus der engen Einseitigkeit einer Fachdisziplin heraustritt und in die Totalität einer gesamtsozialen, auch andere „menschlichen“ Seiten berücksichtigenden Entwicklung einbezogen werden muß.

Aber dabei übersehen Sie zweierlei. Erstens ist ja bei Marx das „Ökonomische“ immer geschichtlich erfaßt, es wird von ihm auch bei Darstellung des vollentwickelten, sich täglich reproduzierenden Kapitalismus in allgemein menschlichen Beziehungen aufgelöst. Das Ökonomische ist ja bei ihm stets nur der Ausdruck des Sozialen innerhalb der Produktionssphäre. Wenn er nun bei Darlegung der „ursprünglichen“ Akkumulation, des Überganges von der feudalen zur kapitalistischen Produktionsweise bloß geschichtlich verfährt, anstatt (wie er es sonst immer tut) die Ökonomie dieses Überganges auf ihren geschichtlichen Hintergrund zurückzuführen,

so bedeutet diese Behandlung der Frage das Eingeständnis, daß er das Ökonomische, Produktivbestimmte an diesem geschichtlichen Vorgang gar nicht sah und daher den Ursprung des Kapitalismus durch außerökonomische „geschichtliche“ Akte oder rein herausgesagt Gewaltmaßnahmen erklären mußte, die nur scheinbar materiellen Charakter haben; denn die Expropriation ist ein juristischer, also ideologischer Akt!

Zweitens: Marx erklärt: „Es ist der letzte Endzweck dieses Werks, das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enthüllen.“ Hat er diesen Eindruck erreicht? Durch Ihre klare Feststellung im Geleitwort haben Sie diese Frage mit Recht aber noch unbewußt verneint! Denn ein Bewegungsgesetz muß doch wohl Ursprung und Ende, nicht bloß den Verlauf einer Bewegung erklären können! Da Sie nun zugeben, daß bei Marx der Ursprung des Kapitalismus außerökonomisch erklärt wird, so ist sein „Gesetz“ nur Stückwerk geblieben. Und ferner: Ein „Gesetz“ ist doch die theoretische Erfassung eines notwendig verlaufenden Geschehens. Sie aber geben zu, daß Marx den Ursprung des Kapitalismus in Form einer praktisch vor sich gegangenen Entwicklung darlegte, deren Tatsächlichkeit wohl feststeht, aber damit noch nicht ihre innere Notwendigkeit. Marx hat wohl das „Geheimnis“ der kapitalistischen Praktiken in der „ursprünglichen“ Akkumulation enthüllt, nicht aber ihr bestimmendes „Gesetz“, das die objektiven Beweggründe dieser Praktiken zu „enthüllen“ nützte. Soll man sich dann wundern, daß Oppenheimer diese Schwäche der Marx'schen Lehre ausnützt, den „außerökonomischen Rest“ in der Darlegung der ursprünglichen Akkumulation zum Mittelpunkt des ganzen Prozesses macht? Gewiß kann man Marx für diese stumpfsinnige Verballhornung seiner wirklichen Ansichten nicht verantwortlich machen, aber es ist schlimm genug, daß sie durch Ausnützung seiner Schwächen in diesem Punkt ermöglicht wurde.

Gehen wir zum Konkreten über. Das Hauptstück im „Geheimnis“ der ursprünglichen Akkumulation ist die Entelgung des Landvolkes in vielen Distrikten Englands, um den bis dahin angebauten Boden in Schafstrieften zu verwandeln. Dies also die „außerökonomischen“ Tatsachen. Grund: Nach Marx ist es die Steigerung des Wollpreises durch den Bedarf der flandrischen Industrie. Nun ist diese Behauptung schon sachlich falsch. Denn im 16. Jahrhundert steht bereits die merkantilistisch gezüchtete englische Wollindustrie im Kampfe gegen die flandrische, der man aus Konkurrenzgründen die Zufuhr englischer Wolle entzieht. Aber stellen wir uns auf den Marx'schen Standpunkt, so ist es klar, daß die seit dem

14. Jahrhundert tatsächlich vorhandene Nachfrage nach englischer Wolle, ob nun von Flandern oder von England aus; nur dem raschen Wachstum der in Form des hausindustriellen Verlares entwickelten kapitalistischen Wollindustrie zuzuschreiben ist. Wodurch erklärt also Marx die „ursprüngliche“ Akkumulation in England? Durch das Wachstum einer bereits existierenden kapitalistischen Industrie in Flandern! Wie ist aber dann der Kapitalismus in Flandern entstanden, wo es doch bekanntlich keine Bauerexpropriation gab und keine Verwandlung von Getreideland in Schafweide? Marx verschiebt also tatsächlich die Frage, statt sie zu beantworten! Und er verwechselt hier Ursache und Wirkung: Erst die rasche Ausdehnung des kapitalistischen Wollgewerbes machte den Übergang von Getreideproduktion zur Schafwollzucht rentabel; der bereits bestehende Kapitalismus gab den Anstoß zur Expropriation des Landvolkes in England, zu jenen Akten der „ursprünglichen Akkumulation“, denen er angeblich seine Entstehung verdanken sollte.

Julius Dickmann.

Die vorstehenden Ausführungen haben wir an Franz Oppenheimer mit der Bitte um eine Äußerung gesandt. Dieser hat uns darauf geschrieben:

Sie senden mir den Auszug aus einem Brief des Herrn Julius Dickmann in Wien mit der Bitte, mich zu einem „Angriff“ zu äußern, den er angeblich gegen mich enthält. Ich kann einen Angriff nicht finden. Denn darunter versteht man in der Wissenschaft den Versuch einer begründeten Widerlegung einer gegnerischen Ansicht. Wenn aber Herr Dickmann mir „stumpfsinnige Verballhornung der wirklichen Marx'schen Ansichten“ vorwirft, so kann ich darin nichts als eine gröbliche Anrempelung, um nicht zu sagen Anpöbelung erblicken, auf die ich mich umöglich einlassen kann, schon weil ich gar nicht weiß und wissen kann, wie Herr Dickmann zu dieser Ansicht gelangt, und ferner aus dem Grunde, weil ein Mann meines Alters und meiner wissenschaftlichen Vergangenheit davon entbunden ist, auf irgend einen Anwurf zu reagieren.

Wohl aber ist es mir gestattet, zu dem grundlegenden Problem hier Stellung zu nehmen. Wie ich erst kürzlich in meinem „Weder Kapitalismus — noch Kommunismus“ ausführlich dargestellt habe (Seite 14 ff.) betrachte ich als den Grundfehler der Marx'schen historischen Auffassung, daß er den Begriff des Kapitalismus viel zu eng faßt. Er besteht für ihn

Arbeiterabwehr gegen Bremer Nazis.

Der gesamte Polizei-Apparat für eine Nazi-Versammlung.

W. H. Bremen, 2. Juli 1932.

In dem Stadtteil Gröpelingen, der fast ausschließlich von Arbeitern bewohnt wird, veranstalteten die Nazis zum ersten Mal eine öffentliche Versammlung. und zwar in einem ausgesprochen kommunistischen Verkehrslokal. Der Wirt hatte sich geweigert, den Nazis den Saal zur Verfügung zu stellen. Er wurde jedoch von der Brauerei dazu gezwungen. Es war voraussehen, daß die Gröpelinger Arbeiterschaft sich diese Provokation nicht gefallen ließ.

Am dem Abend der Versammlung umsäumten Tausende von Arbeitern die Zugangsstraßen zu dem Versammlungslokal. Das Lokal selbst glich einer Festung. Es wurde mit Stacheldraht umzäunt und eine Kette Schupos umgeben, die sogar mit einem Maschinengewehr bewaffnet waren. Die Bremer SA wagte nicht in Uniform zu erscheinen. Auswärtige SA-Abteilungen wurden in Lastautos, von Ueberfallwagen der Schupo eskortiert, zum Versammlungslokal gefahren, von den Niederrufen der Arbeiter begleitet. Da von den Arbeiterparteien die Parole herausgegeben war, nicht in die Versammlung zu gehen, waren in der Versammlung die Nazis unter sich. Etwa 250 Besucher hatten sich hinausgewagt, die von etwa 600 SA-Leuten und fast der ganzen Bremer Schupo beschützt wurden. Nach Schluß der Versammlung wurden alle Besucher wie eine Hammelherde, umgeben von Gummiknäuel schwingenden Schupos, wieder ins Stadtinnere geführt. Unter dem Schutz der Schupo wurde auch Bremer SA wieder so mutig, Armbinden mit dem Hakenkreuz anzulegen.

An verschiedenen Stellen kam es zu Zusammenstößen, bei denen einige Nazis verletzt und eine Anzahl Arbeiter verhaftet wurden. Es wurden einige Straßenbahnwagen umgeworfen, um die Hauptverkehrsstraße vom Verkehr abzuriegeln. Die Nazis, die in einem dieser Wagen fuhren und vorher noch geringschätzig von der Abwehr der Arbeiterschaft gesprochen hatten, machten verdammt dumme Gesichter, als sie zum Aussteigen aufgefordert wurden. Sie stan-

den ganz bedeppt dabei, als der Wagen aus den Schienen gehoben wurde und rührten sich nicht.

Ueberlegt sich eigentlich die Bremer Polizei gar nicht einmal, daß sie nicht dazu unterhalten wird, derartige Provokationen der SA zu schützen? Würde sie auch eine linke Veranstaltung, die den sicheren Widerstand weiter Kreise Andersdenkender voraussehen läßt, ihren ganzen Apparat zur Verfügung stellen? Wahrscheinlich würde sie, mit der Begründung, daß „Ruhe und Ordnung gefährdet sind“, eine solche Veranstaltung verbieten.

„Antifaschistische Aktion“ im Lustgarten.

Die KPD ist gewarnt.

Hk. Am Sonntag demonstrierte die Antifaschistische Aktion in Berlin im Lustgarten. Die Beteiligung war schwach und auch sonst ließ die Kundgebung jede Wucht vermissen.

Das beweist, daß der KPD von der Arbeiterschaft nicht das Vertrauen entgegengebracht wird, daß ihre Antifaschistische Aktion ehrlich der Einheitsfront dient. Die KP verdient dieses Vertrauen vorläufig auch nicht; auch diese Kundgebung war als reine Parteiangelegenheit aufgezo-gen worden, obwohl eine Reihe von Angehörigen der „Eisernen Front“ anwesend waren. Die Redner riefen zur Wahl der KPD auf und „konnten über die SPD nicht schweigen“. Wen konnte es da überzeugen, wenn verkündet wurde: wir marschieren alle in einer Front?

Die Berliner Arbeiterschaft hat durch ihren schlechten Besuch bei der Kundgebung der KPD eine Warnung erteilt. Diese Warnung verstehen, heißt für die KPD: von dem unehrlichen Spiel mit dem Verlangen der Arbeiter nach der Einheitsfront zur ehrlichen Herstellung der Einheitsfront übergehen. Wenn die KP diese Warnung nicht versteht, so wird ihr voraussichtlich am 31. Juli eine noch schärfere Warnung erteilt werden.

Sportler wurden sofort verboten und der Sportplatz polizeilich abgeriegelt.

Die Meldung, daß die roten Sportler sozusagen aus heilerem Himmel die Polizei angegriffen haben sollen, klingt sehr merkwürdig. Eine Bestätigung oder Richtigstellung von anderer Seite liegt uns noch nicht vor.

„Kommunisten“ vor dem Vierten Strafsenat.

127 Jahre Zuchthaus und Festung beantragt.

Seit etwa vierzehn Tagen läuft vor dem Vierten Strafsenat des Reichsgerichts ein großer Sprengstoffprozeß, den die Rechtspre-esse zu einer breiten Propaganda über angebliche Bürgerkriegsvorbereitungen der Kommunistischen Partei auszunutzen sich bemüht.

Oberreichsanwalt Eichler hat am Sonnabend die Straf-anträge gestellt. Im einzelnen beantragte er Freiheitsstrafen in folgendem ungeheuren Ausmaß:

- Rabenmüller zu sechs Jahren Zuchthaus;
- für Alwin Winkler zwei Jahre Zuchthaus;
- für Schade zwei Jahre Festung;
- für Brandt zwei Jahre Festung;
- für Korn drei Jahre Zuchthaus;
- für Hoffmann fünf Jahre Zuchthaus;
- für Blumentritt fünf Jahre Zuchthaus;
- für Born vier Jahre Zuchthaus;
- für Ernst Winkler drei Jahre Zuchthaus;
- für Postel zwei Jahre Festung;
- für Schuhmann drei Jahre sechs Monate Festung;
- für Döpping ein Jahr neun Monate Festung;
- für Meister zwei Jahre Festung;
- für Hollmann drei Jahre Zuchthaus;
- für Arnold vier Jahre Zuchthaus;
- für Gloth acht Jahre Zuchthaus;
- für Bethmann zehn Jahre Zuchthaus;
- für Michaelis zehn Jahre Zuchthaus;
- für Rakow zehn Jahre Zuchthaus;
- für König acht Jahre Zuchthaus;
- für Börner acht Jahre Zuchthaus;
- für Timm drei Jahre Festung;
- für Finke (Breslau) zehn Jahre Zuchthaus;
- für Ueberbrück zwölf Jahre Zuchthaus.

Das sind im ganzen 111 Jahre Zuchthaus und 16 Jahre, 3 Monate Festung.

Wir berichten über den ganzen Prozeß, wenn das Urteil gefällt worden ist.

ParteiKoalitionen zur Wahl.

Der Landesarbeitsausschuß der SPD, Sachsen, gibt bekannt, daß sich die Alt Sozialdemokratische Partei (ASP) angeschlossen habe, ihre Mitglieder wieder in die Sozialdemokratische Partei zurückzuführen, da die Meinungsverschiedenheiten, die vor einigen Jahren die Trennung herbeigeführt haben, keine Rolle mehr spielen. Der Landesarbeitsausschuß habe einstimmig beschlossen, dem Uebertritt der Mitglieder der ASP zur SPD zuzustimmen.

Das Zentrum hat eine Listenverbindung mit der Staatspartei, die zu diesem Zweck Verhandlungen mit dem Zentrum angeknüpft hatte, abgelehnt.

Die Deutsche Volkspartei hat mit den Deutschnationalen eine Listenverbindung auf der Reichsliste vereinbart. Eine entsprechende Vereinbarung hat die Wirtschaftspartei mit der Bayerischen Volkspartei getroffen.

Zwei Tote im Gerichtssaal. Bei einem Erbschaftsprozeß vor dem Amtsgericht in Charlottenburg zog der eine Partner, Sonnenberg, plötzlich einen Revolver, schoß auf seine Gegnerin Döring und deren Rechtsanwalt, und dann sich selber in den Kopf. Der Rechtsanwalt und Sonnenberg sind tot, Frau Döring erhielt zwei Bauchschüsse.

Die Einheitsfront marschiert — trotz alledem!

L. O. In einer Freidenkerversammlung in Friedrichsmühlheimer Hütte wird über die Herstellung der Einheitsfront gesprochen. Eine Genossin weist auf das Volksbegehren der Arbeiterschaft hin. Schon die Zwischenrufe zeigen, daß die Genossen begriffen haben, worauf es ankommt. Der erste Diskussionsredner beantragt, die gleiche Resolution für die Herstellung der Einheitsfront zu fassen, wie viele andere Freidenkerortsgruppen, und erntet großen Beifall. Da meldet sich ein SP-Genosse. Zuerst versucht er, die Genossen zu überzeugen, daß die Einheitsfront bereits durch die „Eiserne Front“ geschaffen sei. Unwille in der Versammlung.

Als er sieht, daß er keinen Boden faßt, richtet er sein Bemühen darauf, das Zustandekommen der beantragten Resolution zu verhindern.

Sein Hinweis, daß die Versammlung nicht beschlußfähig sei, da die hierzu erforderliche Mitgliederzahl nicht anwesend sei, wird von den Versammelten ernstgenommen. Darauf ein anderer Genosse: „Dann zeichnen wir uns einzeln ein.“ Die Listen kursieren, die Genossen tragen sich ein und verlangen am Schluß der Versammlung weitere Listen, um auch ihre Freunde draußen unterschreiben zu lassen. Später stellt sich heraus, daß der SP-Genosse die Resolution mit der Lüge hintertrieben hat, der Vorschlag gehe von einer Organisation aus, die er bekämpfe. Die Genossen sind empört über diese Unsachlichkeit, eine ordentliche Sache aus Parteigoismus zu unterdrücken.

Genossen, macht es wie diese Versammlung, laßt euch durch solche Quertreiber nicht irre machen.

Wir haben tägliche Beweise dafür, daß die unvoreingenommenen, die denkenden Arbeiter, gleich welcher Richtung, die Einheitsfront wollen — trotz alledem.

Volksbegehren der Arbeiterschaft.

Die Listen für die Reichstagswahl können bis Mitte Juli noch eingereicht werden. Wir wollen bis dahin die Anstrengungen für die Schaffung einer einheitlichen Arbeiterliste von SP bis KP fortsetzen.

Unterschriftenlisten können bei uns angefordert werden.

Schießerei zwischen Kommunisten und Polizei.

Rotes Sportfest in Essen. Ein Polizist tot.

In Essen wurden (nach einer Mitteilung des dortigen Polizeipräsidenten) gelegentlich eines roten Sportfestes am Sonntag einige Polizeiateilungen von kommunistischen Sportlern mit Steinen beworfen und beschossen. Dabei wurde der Polizeiwachmeister Josef Hommer durch einen Kopf- und Bauchschuß getötet. Dem Täter gelang es, zu entkommen. Bei der Abwehr der kommunistischen Angriffe wurden von der Polizei einige Personen verletzt. Die Veranstaltungen der roten

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

21) THEODOR PLIVIER.

Copyright by Malik-Verlag 1932

„Da kann man nichts machen“, meint der Soldat: „Da hat jeder seinen Packen zu tragen heutzutage. Ich habe auch eine Tochter gehabt, und als ich von draußen zurückkam . . .“

„So ein hübscher Junge war der Max“, sagt die Möhring. „Und an allem ist der Krieg schuld! Und der hört von allein nicht auf. Wenn diese Ochsen an der Front nicht endlich mal schlau werden und das Gewehr umdrehen . . .“

Hilflos steht Trude Müller in ihrem Zimmer, bis die Frauen wieder gehen. Die Lange sagt noch: „Müllern, Sie können ja ankloppen, wenn Sie was brauchen!“

Trude Müller bleibt nicht in der Wohnung. Sie läuft wieder auf die Straße hinunter.

An der Haustür begegnet ihr eine Frau, die einen halben Wirsingkohl unterm Arm trägt und ihr zunickt, als ob nichts geschehen wäre. Und drüben an der Haltestelle stehen die Leute und warten auf die Straßenbahn, genau wie an allen anderen Tagen.

Sie läuft die Straße entlang, ohne zu wissen, wo sie eigentlich hin will. Die Menschen und Dinge, an denen sie vorbeikommt, sieht sie merkwürdig genau, aber nur als Einzelheiten und ohne Zusammenhang. Sie verliert sich in den Erscheinungen, bis neue auftauchen und genau so mechanisch von ihr Besitz nehmen, — ein halb abgerissenes Plakat, eine Hausnummer 76, ein Mann, der weggeworfenes Papier vom Boden aufpickt und den halbgefüllten Sack hinter sich herschleift, ein Schulmädchen mit dünnen Zöpfen, das einen Kinderwagen voll geflickter feldgrauer Uniformen schiebt, zwei Schutzmänner mit zu weit gewordenen Litewkas, die Jose an ihren Bäuchen hängen, ein Händler mit einem Handwagen, der den Frauen Kartoffelschalen gegen kleine Bündel Brennholz eintauscht.

„Tausche Schalen — — Kartoffelschalen!“ ruft es aus. „Schalen, Kartoffelschalen . . .“ singt es endlos und eintönig weiter in ihrem Kopf. Bis sie vor zwei schwer aus-

greifenden Pferden aufschreckt und fast unter die Räder eines Fuhrwerks gerät.

„Dumme Ziege, — paß doch auf!“ „Das ging noch eben, da haben Sie noch mal Glück gehabt, junge Frau!“

Sie sieht das staubige Gesicht des Kutschers, sie sieht einen mit Rollen Rotationspapier hoch beladenen Wagen an ihr vorbei- und in eine Toreinfahrt hineinschwanken. Und Wagen, Kutscher und die Fußgänger um sie herum erscheinen ihr unwirklich und weit weg.

Alles erscheint ihr fremd und sinnlos. Und doch ist alles wie immer, wie an allen Tagen. Berlin steht Schlange, flicht Soldatenhosen, druckt Zeitungen, bespricht die neueste Note des Präsidenten Wilson, studiert die Süßstoff- und Fettkarten des Reichsernährungsamtes, disputiert über den Zusammenbruch der Türkei, über den Abfall Oesterreichs und über den Frieden.

Jeder steht an seiner Stelle und geht seinen gewohnten Gang . . .

Unerwartet findet sie sich vor dem Krankenhaus. Sie geht denselben Weg, auf dem sie den Jungen vor zwei Abenden in die Kinderstation getragen hat. Wie lang der Weg ihr erschien, wie schwer der Junge in ihren Armen lag. Und wie gern würde sie ihn noch einmal tragen — — der Weg dürfte ohne Ende sein!

Sie geht die Treppen hoch und steht auf demselben Gang wie vor zwei Tagen. Durch die Glastür sieht sie in den Saal hinein. Zwei Reihen weißer Betten. In allen liegen Kinder, auch im zweiten rechts. Aber das Kind in diesem Bett hat schwarze Haare, ihres war blond.

Die Schwester vom Nachtdienst ist nicht da. Die Tagschwester weiß ihr nichts zu sagen. Nachher steht Frau Müller im Büro des Krankenhauses und sagt ihren Namen. Ein Fräulein fertigt die Besucher und die Entlassungen ab. Hinter der Holzbarriere steht ein Schreibpult. Rechts und links davon, auf hohen Böcken, sitzen zwei Schreiber.

„Max Müller.“ „Und der Vater?“ „Der auch, der heißt auch Max.“ „Nein, Geld habe ich nicht, zahlen kann ich nicht!“

„Leichensammelstelle Buch!“ registriert der Schreiber. Sie unterschreibt ein Blatt Papier, das man ihr vorlegt, und bleibt stehen.

„Danke, das genügt. Wünschen Sie noch was?“ „Ich möchte, — ja, kann ich ihn nicht nochmal sehen?“

Sie erhält von dem Fräulein eine Karte mit einer Nummer. Hinter einer Frau, die ihr entlassenes Kind an der Hand führt, kommt sie unten an. Einen langen kahlen Weg hat sie zu gehen. Am Ende des Weges steht ein niedriges Haus. Ein Mann in Holzpatentinen und gestreifter Bluse macht die Tür auf. Der fragt nichts, nimmt ihr nur die Karte ab, geht in den Nebenraum und kommt dann, das tote Kind auf den Armen in den Flur zurück.

Zögernd schlägt sie das Tuch auf. Ganz nackt und lang ausgestreckt liegt der Junge da. Sie hat gar nicht gewußt, daß er schon so groß war. So mager ist er, und die Nase ist so spitz geworden. Sie hebt den herabhängenden Kopf und hält ihn in beiden Händen. Der Mann sieht nicht weg, auch nicht, wie die Mutter sich niederbeugt und einen scheuen Kuß auf die Stirn ihres Kindes drückt. Die Frau hat ja nur ein armseliges, vertragenes Kleid an, und die Leiche geht nach der Sammelstelle Buch, auf den Armenfriedhof.

Die Frau sieht dem Mann nach, der seine Last in die Halle zurückträgt. Sie hat eine Vision von Reihen ausgestreckter Gestalten, die dort in blauem Licht liegen, und sie glaubt einen eiskalten Strom zu verspüren.

Sie wartet nicht länger. Auf Fußspitzen geht sie hinaus. Unter dem Geräusch der dumpf zuschlagenden Tür schrickt sie zusammen. Und jetzt erst weiß sie, daß sie ihren Jungen nie mehr wiedersehen wird . . .

Zu Hause setzt sie sich an die Nähmaschine. Sie nimmt die Stücke des halbfertigen Mantels vom Boden auf und paßt sie zusammen. Aus vielen Teilen setzt sich ein Soldatenmantel zusammen. Viele Nähte und Doppelnähte sind nötig; umlegen, füttern, steppen. Man muß die Maschine lange treten, die grauen Stoffteile mit den Fingern lange und geduldig an die Nadel führen, bis ein Stück fertig ist und 85 Pf. verdient sind.

(Fortsetzung folgt.)

Empfang im Reichsarbeitsministerium.

Die Gelbsucht der Papen-Regierung.

Die Telegraphen-Union verbreitet folgende Meldung: Reichsarbeitsminister Dr. Schäffer empfing eine Vertretung des nationalen RDA (Reichsbund deutscher Angestellten-Berufsverbände). Die Führer trugen dem Minister die besondere Notlage der deutschen Angestelltenschaft vor und unterbreiteten die von der Angestelltenbewegung aufgestellten Vorschläge. Der Minister sagte die Prüfung der Anregungen des RDA zu.

Dieser Verband ist eine jener gelben Organisationen, die von den Unternehmern benutzt werden, um die Freien Gewerkschaften in ihrer Arbeit zu hemmen, und die bisher vom Reichsarbeitsministerium als Vertreter der Arbeitnehmerinteressen nicht anerkannt wurden. Der Kurawechsel in der Regierung auf die Ausschaltung der Freien Gewerkschaften ist deutlich.

Der Reichsarbeitsminister, der nicht Zeit hatte, den Vertreter der großen Organisation der Kriegsbeschädigten zu empfangen, fand aber Zeit, jenes gelbe Organisationschen zu empfangen, das Ende 1930 ganze 36 138 Mitglieder hatte.

Der Kampf im Ruhrbergbau hinausgeschoben.

Essen, 31. Juni 1932.

Der Zechenverband hat von der Möglichkeit, die Lohnordnung für den Ruhrbergbau zum 31. Juli zu kündigen, keinen Gebrauch gemacht. Bekanntlich wurde die Lohnordnung wie auch der Manteltarif durch Schiedsspruch vom 30. Mai kurzfristig für zwei Monate unverändert verlängert. Angesichts der ablehnenden Haltung des neuen Reichsarbeitsministers gegenüber der von den Gewerkschaften beantragten Verbindlichkeitserklärung war in späteren Verhandlungen des Reichsarbeitsministers mit den Parteien eine Einigung dahin zustande gekommen, daß der Zechenverband auch seinerseits den von den Gewerkschaften bereits angenommenen Lohnschiedsspruch annahm, die Gewerkschaften andererseits dem vom Zechenverband angenommenen von ihnen ursprünglich abgelehnten Manteltarifschiedsspruch zustimmten.

Die Ruhrherren werden schon wissen, weshalb sie diesen Kampf noch um einige Wochen — über den 31. Juli weg! — hinausschieben. Daß sie ihre Forderungen, die praktisch eine Aufhebung des Tarifrechts bedeuten, aufgegeben haben, daran ist nicht zu denken.

Für die Bergarbeiter heißt es in einigen Wochen, dem Kampf der Unternehmer sich entgegenzuwerfen. Die Solidarität der ganzen Arbeiterklasse gilt es dann aufzubieten zur Unterstützung der Bergarbeiter.

Lohnabbau bei den Werftarbeitern.

Auf den bestreikten Werften in Rostock und Vegesack ist am Montag die Arbeit wieder aufgenommen worden, nachdem die Delegierten-Versammlung der Werftarbeiter und die Urabstimmungen die Annahme des Lohnkürzungsvorschlages seitens der Metallindustriellen ergeben hatte. Der Stundenlohn wird von 75 Pf. auf 72 Pf. gesenkt.

Massenentlassungen in Oberschlesien.

Zum Monatsanfang bestätigte der Demobilisierungskommissar eine Reihe von Kündigungsanträgen, die von den Unternehmern in dem abgetretenen Gebiet eingereicht worden waren. Dadurch werden 1550 Arbeiter und 1000 bis 1200 Angestellte und Beamte erwerbslos, zum Teil unmittelbar, zum Teil nach einer kurzen Kündigungsfrist.

Straßer hat mit dem Direktor beim Reichstag über die von verschiedenen Fraktionen beantragte Einberufung des Reichstagsausschusses zur Wahrung der Rechte der Volkvertretung eine Besprechung gehabt, aber einen Termin für die Einberufung des Ausschusses nicht bestimmt. Wie lange wird Löbe sich diese Sabotage gefallen lassen?

Warnung an die Gewerkschaften.

Betriebsrätewahlen im Wurmgebiet.

H. D. Am 22., 23. und 24. Juni fanden in verschiedenen Zechen des Wurmgebietes (nördlich von Aachen), Betriebsratswahlen statt, deren Ergebnis in vieler Hinsicht bemerkenswert ist.

| Zeche „Karl Alexander“. | | |
|----------------------------|-----------|-----------|
| | Juni 1932 | März 1931 |
| Freie Gewerkschaften | 177 | 255 |
| RGO | 389 | 406 |
| Christliche Gewerkschaften | 774 | 960 |
| Nazis | 195 | 100 |

| Zeche „Lauerweg-Voccard“. | | | |
|----------------------------|-----------|-----------|------|
| | Juni 1932 | März 1931 | 1930 |
| Freie Gewerkschaften | 371 | 499 | 419 |
| RGO | 908 | 590 | 519 |
| Christliche Gewerkschaften | 504 | 762 | 780 |
| Nazis | 144 | — | — |

| Zeche „Carolus Magnus“. | | |
|----------------------------|-----------|------|
| | Juni 1932 | 1931 |
| Freie Gewerkschaften | 251 | 326 |
| RGO | 1207 | 1234 |
| Christliche Gewerkschaften | 710 | 926 |
| Nazis | — | — |

Zeche „Eschweiler-Reserve“.

| | Juni 1932 | 1931 | 1930 |
|----------------------------|-----------|------|------|
| Freie Gewerkschaften | 486 | 650 | 777 |
| RGO | 849 | 953 | 878 |
| Christliche Gewerkschaften | 192 | 289 | 341 |
| Nazis | 199 | — | — |
| „Stahlhelm“ | 118 | — | — |

Obwohl die RGO-Mitglieder die Zechen in Scharen verlassen mußten, hat die RGO sich gehalten, ja in einer Zeche noch bedeutend gewonnen. Die Freien Gewerkschaften nehmen von Jahr zu Jahr ab. Die Ursache für diese Zustände haben wir im „Funken“ vom 10. Juni („Erfahrungen mit der RGO“) erklärt.

Wie die kommunistische Zeitung von Köln berichtet, sollen die Stimmen der Nazis und des „Stahlhelms“ daher kommen, daß die Zechenbarone arbeitslose Nazis und Stahlhelmer aus dem Ruhrgebiet holen und sie in den Zechen des Wurmgebietes beschäftigen.

Für die sozialistische Arbeiterschaft ist das zwar langsame, aber steigende Anwachsen der Nazistimmen in den Betrieben eine kaum noch zu übersehende Mahnung, auf der Hut zu sein, die Fehlerquellen ihrer Gewerkschaftspolitik aufzuspüren und diese Fehler zu korrigieren.

Grzesinski gibt die Grenzen an.

Ueber Demonstrationen und Versammlungen gibt der Berliner Polizeipräsident bekannt:

Die in der Notverordnung vorgesehene Anmeldefrist von 48 Stunden muß von allen Veranstaltern genau innegehalten werden. Die Polizei wird dem Bedürfnis nach Aufzügen und Kundgebungen unter freiem Himmel in möglichst großem Umfange Rechnung tragen und eine Beschränkung nur eintreten lassen, wo sicherheitspolitische Gründe es unumgänglich notwendig machen. Zentrale Demonstrationen für Berlin können grundsätzlich an einem Tage nur einem Veranstalter bewilligt werden.

Der Versammlungsfreiheit wird nach Möglichkeit keine polizeiliche Schranke gesetzt werden. Störungen oder gar Sprengungen von Versammlungen dürfen auf keinen Fall erfolgen. Es wird aufs neue darauf hingewiesen, daß

den Parteien eigene Veranstaltungen nicht gestattet werden können, wenn ihrer Anhänger in erkennbarer Absicht Versammlungen Andersdenkender zu stören oder zu sprengen versucht haben.

Zum „Vorwärts“-Verbot.

Der Berliner Polizeipräsident Grzesinski hat das Verbot des „Vorwärts“ für die Zeit vom 4. bis 8. Juli ausgesprochen. Nach der reichsgerichtlichen Entscheidung war er dazu auf Grund der Notverordnung gegen politische Ausschreitungen verpflichtet.

Daß aber ein Blatt wie der „Angriff“ mit seinen täglichen Aufforderungen zum Mord noch erscheint, ist eine Schande. Am Sonnabend schrieb er z. B.: „Nachdem die Polizeiorgane in jeder Hinsicht versagt haben, wird die Wedding SA mit dem heutigen Tage zum gesetzlichen Recht der Notwehr übergehen.“

Die Folge: in der Nacht zum Sonntag führen Naziautos oder Motorräder durch Straßen Berlins, insbesondere des Wedding. Von den Autos aus wurden kommunistische Verkehrskolonne beschossen und mehrere Personen verletzt.

Ueber das Verbot der „Kölnischen Volkszeitung“ hat das Reichsgericht noch nicht entschieden.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: Bezirk Prenzlauer Berg: Dienstag, 5. Juli, 20 Uhr, Casino-Festsäle, Pappelallee 15. Thema: Das Volksbegehren der Arbeiterschaft — Wie schlagen wir den Faschismus?

Bezirk Wedding: Mittwoch, 6. Juli, 20 Uhr, Gasthaus Domke, Hochstädterstraße 23. Thema: Das Volksbegehren der Arbeiterschaft — Wie schlagen wir den Faschismus?

Bremen: Donnerstag, 7. Juli, 20.15 Uhr, im Verbandshaus der Buchdrucker, Am Wall 82, I. Thema: Das Wüten des Faschismus in Braunschweig! Was lehren uns die Braunschweiger Erfahrungen? Redner: Gen. Walter Probst (Braunschweig).

Freie Aussprache! Eintritt frei!

Essen: Mittwoch, den 6. Juli, 20 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Kastanienallee. Thema: Naziterror in Braunschweig. Redner: Genosse Probst, Braunschweig. Eintritt 10 Pf. Für Erwerbslose frei.

Hamburg-Altona: Freitag, 8. Juli, 20.15 Uhr, im kl. Saal bei Wachtmann, Große Freiheit 66/68. Thema: Die Naziherrschaft in Braunschweig, ein Warnungssignal für die Arbeiterschaft. Redner: Gen. Probst (Braunschweig). Eintritt 10 Pf. Erwerbslose frei.

Hamburg-Barmbeck: Sonnabend, 9. Juli, 20.15 Uhr, im Volkshaus Barmbeck, Böhm. alten Schützenhof 2. Thema: Die Naziherrschaft in Braunschweig, ein Warnungssignal für die Arbeiterschaft. Redner: Gen. Probst (Braunschweig). Eintritt 10 Pf. Erwerbslose frei.

Köln: Internationale Kundgebung gegen Krieg und Reaktion.

Es sprechen: Minna Specht, Berlin; René Bertholet, Paris; Edith Moore, London. Am Sonnabend, dem 9. Juli 1932, in der Rheinlandloge, Oskillenstraße. Eintritt 30 Pf. Erwerbslose 10 Pf. Beginn 20.15 Uhr.

ISK

7. JAHRGANG 7. HEFT JULI 1932

Zum 50. Geburtstage Leonard Nelsons.

GRETE HERMANN:

Die Lehre vom Recht als wissenschaftliche Grundlage des Sozialismus.

*

MINNA SPECHT:

Die politische Bedeutung des Charakters.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes. Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe.

Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Groß-Haushaltungen, Gemeinschaften, Landheime, Ferien-Lager, Schulen u. s. w. erhalten

Reform-Nahrungsmittel zu Ausnahmepreisen

Bitte, Sonder-Liste anfordern!

FRISCHKOST-REFORMHAUS
Magdeburg
O. v. Guerickestraße 104

Bereits 80 Mark genügen!

Und Sie erhalten einen hochwertigen Maranzug.

aus erstklassigem Stoff.

mit bestem Futter.

in sorgfältiger Maßarbeit.

Preisänderungen nach oben und auch nach unten.

Je nach Stoffqualität. Machen Sie bitte einen Versuch!

R. Schönheit, MAGDEBURG, Otto von Guerickestr. 104, R. v. I.

BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen

A. H. TIMMERMANN

Hamburg, Barcostraße 8.

Telephon: 25 43 42

BERLIN

KAMERA

Unter den Linden 14 — A 1 Jäger 2987.

Ab 1.—5. Juli:

Czinner: Ariane

mit Elisabeth Bergner, Rudolf

Forster, Theodor Loos.

Anfangszeit: 15. 17. 19 und 21 Uhr.

Freunde und Leser des „Funken“!

Unterstützt Euro Zeitung!

Werkt Absondern! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig her

Oscar Wettig.
Gelnhausen.

Die andere Hälfte der Pflicht.

Gedanken zum Briefwechsel zwischen Romain Rolland und Henri Barbusse.

Von Arnold Gysin.

46 Seiten / Gehftet 0,60 M.

Der linke Friedenskongreß in Genf ist auf die Initiative von ROMAIN ROLLAND und HENRI BARBUSSE zurückzuführen. Ein erfreulicher Schritt; um so mehr als sich damit beide Schriftsteller trotz ihrer weltanschaulichen Gegensätze gegen die drohende Kriegsgefahr vereinen. Sie erfüllen nunmehr beide nicht nur die erste Hälfte der Pflicht, die Ungerechtigkeit der herrschenden Ordnung zu enttarnen, sondern auch die andere Hälfte der Pflicht, gegen diese Ungerechtigkeit zu kämpfen.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Postcheckkonto: Berlin 318 42.

Schlußwort zum Sklarek-Prozeß.

Wie wir bereits berichteten, ist vor kurzem das Urteil im Sklarek-Prozeß gefällt worden, gegen das bereits sämtliche verurteilte Angeklagte Revision beim Reichsgericht angemeldet haben. Man mag vielleicht die 4 Jahre Zuchthaus für die Sklareks als ausreichende Strafe ansehen. Jedoch ist die Verurteilung über die gelindeten Strafen für die Mitangeklagten ziemlich allgemein. Zwar betonte der Gerichtsvorsitzende, daß das Gericht sich von jeglichen Sympathien oder Antipathien ferngehalten habe. Die Tatsache aber, daß gerade die beiden ehemaligen kommunistischen Angeklagten, die Stadträte Gabel und Degener, nächst den Sklareks am härtesten bestraft worden sind, läßt doch einige Zweifel an der Richtigkeit der Feststellung des Gerichtsvorsitzenden aufkommen. Wenn auch die Höhe der Strafe für Degener und Gabel damit begründet wurde, daß ihr Verhalten angesichts ihrer Weltanschauung besonders verwerflich sei. Dürfen wir in dieser Begründung vielleicht das Eingeständnis sehen, daß man an die Vertreter sozialistischer Weltanschauung einen höheren Maßstab anlegen muß als an Bürgerliche, denen demnach vorbrecherische Handlungen eher zuzutrauen werden könnten?

Die Folgerung daraus wäre allerdings, daß künftighin, je mehr man sich gegen Korruption schützen will, desto mehr Sozialisten in öffentliche Ämter berufen werden müßten.

Da zu der proletarischen Weltanschauung außerdem das Freidenkertum gehört, so könnte man versucht sein, in der Begründung des Urteils gegen Gabel und Degener außerdem das Eingeständnis zu sehen, daß man an Freidenker höhere Ansprüche stellen dürfe als an die Vertreter der christlichen Weltanschauung. Haben wir Sie so richtig verstanden, Herr Gerichtsvorsitzender? Dann bitte sorgen Sie auch dafür, daß diese Ansicht sich nicht nur in der Urteile der Urteile gegen Kommunisten ausdrückt.

Der „Völkische Beobachter“ gibt allerdings eine plausible Erklärung dafür, daß den „verführten“ Mitangeklagten der Sklareks mildernde Umstände zubilligt wurden, denn „wor vom Juden frist, stirbt daran“. Sollte dies aber wirklich das Motiv gewesen sein dafür, daß die Beamten mildernde Umstände erhielten? Schließlich sind wir ja heute noch nicht im Dritten Reich. Wir können uns deshalb nur vorstellen, daß es letzten Endes das ganze Milieu war, das ganze korrupte System der Aera Boeck, in dem die Angeklagten lebten, das ihnen zugute gehalten wurde. Man wußte wohl, daß man noch manche anderen Beamten, vielleicht auch die heute noch mächtigen Herren Rosenthal und Brodat, hätte auf die Anklagebank setzen müssen, wenn man wirklich die ganze Schwere des Gesetzes anwenden wollte.

Schließlich aber mögen die angeklagten Beamten auch deshalb so gimpflich davon gekommen sein, weil hier wirklich ein ganzes System auf der Anklagebank saß; allerdings ein System in anderem Sinne als die Nationalsozialisten gern betonen.

Es ging nämlich um das System des Kadavergehorsams, des Untertanengelstes, das den Beamten nicht erlaubte, die Machenschaften ihrer Vorgesetzten rechtzeitig aufzudecken.

Ohne dieses System, das die Nationalsozialisten wieder auf den Schild erheben, hätte die Korruption der Sklareks, mit ihren etwa 1½ bis 2 Millionen Bestechungsgeldern für die Beamten, nicht einen derartigen Umfang annehmen können. Da die Sklareks oben gut angeschrieben waren, wagte niemand gegen ihre Bevorzugung aufzumucken. Jeder versuchte auch mit den guten Beziehungen der Sklareks die Verantwortung von sich abzuwälzen.

Aber auch die Demokratie hat im Sklarek-Prozeß eine Blamage erlitten, die vernünftigen Menschen zu denken geben sollte. Wir denken dabei weniger an den erstaunlichen Mangel an Kenntnissen, den manche Angeklagte trotz ihres verantwortlichen Amtes im Prozeß offenbarten, und der beweist, wie die demokratische Auswahl, die in den Berliner Behörden herrschte, nicht einmal sicherte, daß die Magistratsbeamten wenigstens die elementarsten Merkmale fachlicher Eignung bzw. Vorbildung aufwiesen. Noch wichtiger erscheint uns die Feststellung, daß gerade die politischen Vertreter im Magistrat, die mit den Sklareks zu tun hatten, charakterlich völlig versagten. Das gilt allerdings nicht nur für die Kommunisten, sondern bis in die Reihen der Deutschnationalen, von denen ein Reichstagsabgeordneter sogar den „silbernen Pokal der Freundschaft“ der Sklareks den Segen als Pfarrer gab. Dafür ließen sich ja schließlich die Sklareks bei der Zuteilung von Wahlgeldern an die Deutschnationalen auch nicht lumpen.

Die „Frankfurter Zeitung“ meint allerdings entschuldigend zum Sklarek-Prozeß, die Demokratie zu praktizieren, sei eine Sache der Übung. Wir dagegen glauben, daß Übung allein nur dazu führen würde, Vergehen, wie wir sie im Sklarek-Prozeß erlebt haben, geschickter zu verdecken.

Politik ist nun einmal viel mehr als Übungssache des Charakters. Und Charaktere auszuwählen, geschweige sie zu bilden, dazu ist die Demokratie höchst ungeeignet. Das hat uns der Sklarek-Prozeß in aller Deutlichkeit gezeigt.

Hans Lehmann.

„Der Vorbeimarsch vor Hitler dauerte anderthalb Stunden.“

Hitler behauptete in seiner Rede: mit der derzeitigen Reichsregierung habe die nationalsozialistische Bewegung nichts zu tun. — Das möchte Hitler gern! Aber zu dem Schreiben des Herrn v. Gleichen vom Deutschen Herrenklub, einem Brief, dessen Echtheit bisher von niemandem, auch von Hitler nicht, bestritten wurde, hat Hitler sich nicht geäußert; und dieser Brief enthält den Satz:

„Das neue Kabinett wird nicht nur von den Nazis toleriert, sondern hat die ausdrückliche Zustimmung des ‚Führers‘.“

Wieder vier Tote für die braune Uniform.

Wo bleibt der Wille zur Einheitsfront?

Die braune Uniform in den Straßen hat am Sonnabend und Sonntag wieder ihre Todesopfer gefordert.

Bei den Feuerüberfällen, die die SA in den Berliner Arbeiterbezirken von Motorrädern und Autos aus auf kommunistische Verkehrslokale ausführten, wurde nach der Meldung der „Roten Fahne“ am Sonnabend ein Kommunist getötet.

Weitere Todesopfer,

teils SA, teils Kommunisten, getötet teils durch die Waffe eines politischen Gegners, teils durch die der Polizei, jedenfalls aber Opfer von Zusammenstößen, bei denen Nazis beteiligt waren, sind aus Eschwege, Essen und Krefeld (Dittmarschen) gemeldet. Außer diesen Zusammenstößen, verbunden mit Todesopfern, fanden blutige Schlägereien mit SA statt in Arnswalde (Mark), Neuruppin, Neustrelitz, Stuttgart und Tharandt (Sachsen).

Die deutsche Nazipresse und die in dieser Beziehung mit ihr vollkommen harmonisierende Hugenberg-Presse berichtet über diese Bürgerkriegs-Vorpostengefächte meist unter der Überschrift „Kommunistische Feuerüberfälle auf Nationalsozialisten“ — aus durchsichtigen Gründen. Der Berliner Korrespondent eines ausländischen faschistischen Blattes, des „Giornale d'Italia“, ist hingegen frei von innerpolitisch-deutschen Hemmungen und kommt der Wahrheit näher mit folgender Meldung:

„Die Episoden der Gewalt zeigen täglich eine wachsende Verschärfung: Nationalsozialisten verfolgen die Gegner in ihre verborgensten Schlupfwinkel mit einer absolut verwegenen Todesverachtung. Sie pflanzen das Hakenkreuz überall auf, wo sie eine rote Fahne sehen.“

Ihre Angriffslust kennt keine Widerstände

und sucht sie fortgesetzt zu brechen. Die Kommunisten verteidigen sich mit jeder guten Waffe und mit einer rabiaten und zugleich furchterfüllten Wut wegen ihrer unmittelbar bevorstehenden Vernichtung.“

Der faschistische Stimmungsmacher irrt in einem: Was die Widerstände angeht, die die SA angeblich „nicht kennt“, so hat sowohl die Arbeiterschaft (in Wuppertal z. B.) als auch die Münchener Polizei diese Kenntnis vermittelt. Sobald

ein Wille

die Arbeiterschaft besessen würde, der die Saboteure der Einheitsfront hinwegfegt, wäre der Widerstand aufgerichtet, der die Angriffslust der bezahlten braunen Söldner in wenigen Stunden auf Null herabdrücken würde.

Über die nationalsozialistischen Störungen an der Berliner Universität berieten deren Rektor und Senat am Sonnabend. Sie kamen zu dem naiven Ergebnis, daß nach den schriftlichen Erklärungen aller Gruppen der Studentenschaft, „die Ruhe im Universitätsgebäude gewährleistet erscheine“. Uns erscheint sie nicht gewährleistet: der Beschluß ist ein Ausweichen der Universitätsleitung gegenüber ihrer Verpflichtung, gegen die Nazis in diesem Falle vorzugehen.

Schulbrände in Berlin werden seit etwa 14 Tagen von einem bisher nicht gefaßten Täter verursacht. Der bisher letzte fand am Sonnabend nachmittag statt: der Täter steckte in der Küche eines Kinderhorts mehrere Schränke in Brand.

Nazi-Treffen in Dessau.

H.E. Dessau, 4. Juli.

Die Parole der „Eisernen Front“, während des NS- und SA-Rummels in den Wohnungen zu bleiben, ist von den Arbeitern nicht restlos befolgt worden. Man sah Mitglieder von SA und KP einzeln und in kleineren Gruppen auf den Straßen. Die Verkehrslokale der Arbeiterschaft waren stark besucht, zum Teil auch durch auswärtige Genossen. Man merkte: wenn eine einheitliche Parole für die Arbeiterschaft ausgegeben worden wäre, würde sie bei den Genossen auf Kampfbereitschaft gestoßen sein. So standen sie unschlüssig und vereinzelt, so daß an einigen Stellen auf Grund von SA-Provokationen Zusammenstöße stattfinden konnten, ohne daß der SA Kraftvoll heimgeleuchtet wurde. Die Polizei kam bei solchen Gelegenheiten regelmäßig zu spät. SS-Leute versahen Polizeidienst; sie betätigten sich bei der Regelung des Verkehrs, während uniformierte Schupos auf den Bürgersteigen spazierengingen.

Die Teilnehmer der Nazi-Demonstration führten zum Teil Stahlhelme und Schanzzeug mit. Der Umzug sollte ursprüng-

lich durch Arbeiterstraßen gehen. Der Plan wurde jedoch in letzter Minute geändert, so daß wenigstens diese Provokation unterblieb. Der angegebene Grund, „Abkürzung des Weges“, wird kaum der wirkliche sein. Ob die Aenderung aus Angst vor der Arbeiterschaft oder auf Druck von oben erfolgte, ist nicht bekannt. Außer Goebbels redete Gregor Straßer, der wieder einmal den Sieg der Nazis versprach, diesmal für das Jahr 1932.

Der blamierte „Führer“.

Demonstrationen in München.

In München fanden am Sonntag große Demonstrationen der Eisernen Front und der Nazis statt. Ueber die Stärke der beiden Demonstrationen bringt die Telegraphen-Union, deren Sympathie zweifellos mehr auf der Seite der NS liegt, folgende Meldungen:

„Der Vorbeimarsch des Zuges der Eisernen Front dauerte etwa eineinhalb Stunden.“

nur dort, wo „freie“ Arbeiter von den Besitzern der Produktionsmittel ausgebeutet werden. Damit aber fällt schon der antike Kapitalismus aus dem Gesichtskreis, obgleich er sehr ähnliche Symptome aufweist: Denn er beruht auf der Ausbeutung unfreier Arbeiter, der Sklaven.

Viel bedeutungsvoller aber für den Aufbau der Marx'schen Lehre ist die Tatsache, daß er den agrarischen Kapitalismus nirgends ernsthaft ins Auge faßt, der überall dem industriellen um Jahrhundert vorangeht, vor allem in England, wie Brodnitz nachgewiesen hat, aber auch in Deutschland, wie wir durch Knapp seit fast fünfzig Jahren wissen, und dem ganzen Osten Europas. Er beruht auf der Ausbeutung gewaltsam exploitierter Menschen, echter Arbeiter, die jedenfalls in dem Sinne „frei“ sind, daß sie eigener Produktionsmittel entbehren, die aber im politischen Sinne eben nicht frei sind, sondern faktisch oder sogar rechtlich schollengebundene Menschen sind.

Kapitalismus muß also definiert werden als eine Gesellschaftsordnung, in der das Erzeugnis ausgebeuteter Arbeiter auf einem geldwirtschaftlich entfalteten Markte „verwertet“ wird.

Das hat Marx nicht deutlich genug gesehen. Er hat zwar mehrfach ausgesprochen, daß die Grundlage des gesamten kapitalistischen Prozesses die Expropriation der Volksmasse von Grund und Boden ist, hat aber nicht gesehen, daß die vom industriellen Kapitalismus — der erst dadurch und nur dadurch ermöglicht wurde — ausgebeutete Masse freier Arbeiter durch den agrarischen Kapitalismus produziert und reproduziert worden ist. Ohne ihren Zustrom in die Städte nach der durch diese erkämpften Herstellung der Freizügigkeit hätte sich wohl, wahrscheinlich viel langsamer, der Maschinismus, niemals aber der Kapitalismus entwickeln können, aus dem klaren Grunde, weil das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkte für die Arbeiter unendlich viel günstiger gestanden hätte.

Die Tatsachen der Wirtschaftsgeschichte bestätigen diese Auffassung durchaus. Ich habe eine Mitteilung von Rosa Luxemburg zitiert, der zufolge der Lohn der schottischen Weber in kürzester Frist auf etwa ¼ des Anfangslohnes fiel, seit die agrarischen Proletarier aus Süngland und namentlich Irland massenhaft einströmten.

Er hatte 25—27 Schilling wöchentlich betragen, war aber 1816 auf 10, und 1819 auf den jämmerlichen Bettel von 5½ bis 6 Schilling herabgesetzt worden (Seite 66).

Ich fordere jedermann auf, diese Tatsache anders als auf meine Weise zu erklären.

In übrigen scheint es mir doch, als wenn Herr Dickmann einige Gedanken vorträgt, die ich unanständig genug war, ihm vorzunehmen. Ich habe bereits 1903 in meinem Buch über Marx gezeigt, daß er den Begriff der Expropriation in unzulässiger Doppelbedeutung gebraucht, einmal als juristische Enteignung, das andere Mal als Niederkonkurrierung durch „Verwohlfeuerung der Preise“.

Franz Oppenheimer.

Marxistische Soziologie.

„Ziele sind Traumgebilde.“

Bg. Wenn wir darauf hinweisen, daß der Sozialismus nach der marxistischen Theorie nicht ein Ideal, ein erstrebenswertes Ziel ist, das uns zum Einsatz unserer Kräfte verpflichtet, sondern lediglich das Ergebnis eines naturnotwendigen Prozesses, das man ebenso hinnehmen muß wie eine Sonnenfinsternis, dann wird uns häufig eingewandt, die Theoretiker hätten sich vielleicht nicht sorgfältig genug ausgedrückt, aber im Grunde sei es nicht so gemeint, wie wir es auslegen.

Es trifft in der Tat zu, daß viele Theoretiker in populären Schriften den Versuch machen, ihre Theorie etwas zu verschleiern, damit die Menschen, die ihre Vernunft noch bewahrt haben und die daher für Ideale kämpfen wollen, nicht vor den Kopf gestoßen werden. Je populärer die Schrift ist, umso mehr geschieht das, und in Zeitungen oder in Gedichten und Liedern taucht dann die zuvor verworfene Gerechtigkeit als unentbehrliches Hilfsmittel wieder auf. Dieses Verfahren ist natürlich sehr geeignet, den wirklichen Gehalt der marxistischen Theorie zu verbergen, umso deutlicher aber tritt diese Theorie dann in Schriften hervor, die nicht in die Hände der Massen gelangen sollen.

In solchen Schriften, wie zum Beispiel in der „Empirischen Soziologie“ von Otto Neurath (Wien 1931), heißt es dann ganz offen, man habe nur die Aufgabe, „Voraussagen über kontrollierbare Tatbestände zu machen“. Die marxistische Soziologie hat nichts zu tun „mit einem Willen“, weder mit einem freien noch mit einem unfreien, er kennt keine „Ziele“ und ähnliche Traumgebilde. „Nicht damit, das Recht“ sich durchzusetzen“, werden Maßnahmen ergriffen. Wer's aber doch so will, der ist eben ein „modernisierter Priester“, dessen Ansichten vergleichbar sind mit den katholischen und buddhisti-

schen Lehren. Die Soziologie (Gesellschaftswissenschaft) soll nichts anderes tun als den Menschen ebenso untersuchen, wie der Zoologe ein Tier und der Geologe einen Stein untersucht. „Die Soziologie ist eine Realwissenschaft wie die Astronomie, die Völker sind Sternhaufen vergleichbar, die untereinander engere Verknüpfung aufweisen als zu anderen Sternhaufen... Im großen und ganzen sind Astronomie, Biologie, Technologie, Soziologie durchaus einer Art.“ „Die Soziologie kann nur die Gewohnheiten der Menschen und das Verhalten ihrer Umgebung in einem Zeitpunkt feststellen, um daraus ihr Verhalten und ihre Umgebung im nächsten abzuleiten.“ Wenn man dabei feststellt, daß der Sozialismus kommen wird, so ist das nichts anderes, als wenn der Zoologe „aus Gesetzen über das vierjährige Tier solche über das sechsjährige“ ableitet. Wer anders denkt, gehört zu den „Theologen und Halbtheologen“.

Das beschämendste hierbei ist, daß die Neurathsche Ansicht mit dem Anspruch auftritt, die einzige wissenschaftliche Haltung in den Fragen der Politik zu sein. Alles andere gilt als sinnlose Phantasie. Es ist zweifellos richtig, daß sehr viele Theologen und Philosophen dazu beigetragen haben, ethische Lehren in Verruf zu bringen. Aber gerade wenn man von solchen Schwätzern nichts hält, sollte man sich durch sie nicht dazu verleiten lassen, die Auffindung erstrebenswerter Ziele überhaupt aus der Wissenschaft zu verbannen, um sich mit mehr oder weniger sicheren Voraussagen über die zukünftige Entwicklung zu begnügen.

Lehren wie die von Neurath verbreiteten sind ein trauriges Zeichen des kulturellen Niedergangs der heutigen Gesellschaft, Zeichen einer Zeit, in der die Menschen sich nichts mehr zutrauen und in der sie daher entweder den Bereich der Wissenschaft immer mehr einengen oder aber (wie vor allem die „nationalen Schichten“) ganz auf die Wissenschaft verzichten, um sich unkontrollierten Gefühlen anzuvertrauen. Diese geistige Zersetzung kann nur durch den Erfolg einer Arbeit aufgehalten werden, die sich stolz zu dem jetzt fast allgemein verachteten wissenschaftlichen Müt des achtzehnten Jahrhunderts bekennt, in dem man noch wagte, mit dem Rüstzeug wissenschaftlicher Aufklärung an die Frage nach den vernünftigen Zwecken im öffentlichen und privaten Leben heranzugehen.

Dieser Vorstoß ist von Leonard Nelson unternommen worden in seinem „System der philosophischen Rechtslehre und Politik“, in dem das einzige tragfähige Fundament für den „Sozialismus als Wissenschaft“ gelegt wird.

Arbeiterschaft und Prosperität in USA.

Die großen Plakate, die sich 1930 auf allen Straßen und Plätzen Amerikas den Passanten aufdrängten und ihnen weismachen versuchten: „Business is Good — Keep it so — Onward and Forward America“ (Geschäfte sind gut — Sorgt dafür, daß sie so bleiben — Auf- und vorwärts Amerika) sind längst verschwunden. Solche suggestiven Propagandamittel haben angesichts der ständig steigenden Zahl der Arbeitslosen und der immer drückenderen Notlage ihrer Angehörigen nicht standhalten können. Business ist wirklich schlecht; das läßt sich nicht mehr leugnen. Zum Beispiel hatten im ersten Vierteljahr 1930 nur 177 Firmen die Dividendenzahlungen entweder herabgesetzt oder gar ganz eingestellt; in den ersten drei Monaten 1931 war die Zahl dieser Firmen bereits auf 531 gestiegen.

Ohne Zweifel war die Wirtschaftslage in den USA bis Ende 1929 durchaus günstig. Von 1921 bis 1928 war das Volkseinkommen um 26 Milliarden Dollar gewachsen; die durchschnittliche Kaufkraft der Amerikaner hatte in ungefähr der gleichen Zeit um 22 Prozent zugenommen. Laut Dr. Mills von der Columbia-Universität in New York hatte sich die Erzeugung von Rohmaterialien in diesen neun Jahren um 17 Prozent, die Produktion von Fertigfabrikaten um 28 Prozent und die Menge der beförderten Güter gleichfalls um 28 Prozent vermehrt. Da sich die Bevölkerung während dieser Jahre nur um 10 Prozent vermehrt hat, waren pro Kopf 1928 bedeutend mehr Waren auf dem Markt als 1922. Es fragt sich nur, ob auch genügend Käufer dafür vorhanden waren.

Die Prosperität war für Fabrikanten, Spekulanten, Kuponabschneider u. s. w. eine sehr fühlbare Tatsache. Die Profite der Unternehmungen vergrößerten sich während der neun Jahre nach 1921 um 72 Prozent, das heißt: jährlich um durchschnittlich 9 Prozent. Die Dividenden für industrielle Unternehmungen und Eisenbahnen stiegen um 256 Prozent. Andere statistische Beweise für den wirtschaftlichen Aufstieg der USA während dieser Jahre lassen sich in Hülle und Fülle anführen. 1921 gab es in den USA rund 11 Millionen Automobile. Bis 1928 stieg diese Zahl auf 23 Millionen. Die Ausgaben für Erziehung, Bibliotheken, Krankenhäuser wurden verdoppelt und verdreifacht.

Wenn wir uns nun jedoch mit der Frage beschäftigen, in welchem Maße die Arbeiter an der Prosperität des Landes Anteil genommen haben, so können wir nicht auf solche hohen Prozentsätze verweisen, wie wir es eben getan haben. Die Produktionskraft pro Arbeiter war seit 1914 folgendermaßen gestiegen:

| | |
|----------------------------------------|------------|
| Eisen- und Stahlindustrie um | 55 Prozent |
| Mühlbetriebe um | 59 " |
| Petroleum und Raffinerien um | 82 " |
| Papierindustrie um | 40 " |
| Automobil-Industrie um | 178 " |

Diese Ziffern stammen aus sehr konservativen Untersuchungen des amtlichen Büros für Arbeitsstatistik.

Und welchen Anteil an der Zunahme des Volkseinkommens haben die Arbeiter erhalten? Der Hilfssekretär des Handelsministers, Dr. KLEIN, der als notorischer Schönfärber und Sprecher für Hoover bekannt ist, mußte zugeben, daß die Reallöhne der Arbeiter seit 1914 nur um 13 Prozent gestiegen waren. Und selbst diese 13 Prozent waren ihnen erst nach vielen Kämpfen zugestanden worden.

Die Bauern (oder Farmer, wie man in Amerika sagt) haben ebenfalls von den Prosperitätsjahren nichts gemerkt. Während des Krieges und kurz nachher hatten sie infolge der Kriegswirkungen viel Geld verdient. 1921 platzte die Seifenblase und die Kaufkraft der Farmer sank außerordentlich.

Wir haben also die Tatsache zu verzeichnen, daß die Kaufkraft der Arbeiter und Bauern in den USA bei weitem nicht Schritt hielt mit der steigenden Produktivität der Industrie, mit dem Anschwellen der Dividenden und Profite. Die Waren wurden aufgehäuft und aufgestapelt. Alles war sorgfältig kalkuliert, aber

es fehlte der Kunde.

Die Massenkraft war ausgetrocknet. Die Wenigen hatten zu viel in ihre Tasche gesteckt, und für Arbeiter und Bauern war zu wenig übriggeblieben.

Walter Hoops (St. Louis).

Riesengewinne der Industrie-Barone.

Es gibt auch in Amerika noch gutgehende Unternehmungen. Verdiente zum Beispiel im Jahre 1930 die American Tobacco Co. 43 294 000 Dollar, so erhöhte sich der Profit im Jahre 1931 auf 46 189 000 Dollar. Dabei sind die Löhne in der Tabakindustrie notorisch niedrig; Gewerkschaften werden grundsätzlich nicht geduldet.

Die Aktienbesitzer wären mit dem Jahresbericht des Präsidenten GEORGE WASHINGTON HILL wohl zufrieden gewesen, wenn nicht dieser ehrenwerte Herr sich zu stark an der Verteilung des Profits beteiligt hätte. Er kaufte von der Gesellschaft 13 440 Aktien je 25 Dollar, während diese Aktien an der Börse mit 112 Dollar gehandelt wurden. Herr HILL steckte also einen Sondergewinn von rund 1 200 000 Dollar ein, und das war selbst den Aktionären der American Tobacco Co. ein zu starker Taback! Einige von ihnen haben gegen HILL ein Verfahren eingeleitet.

2. Walzdraht-Werke.

Nach Berichten aus Japan beabsichtigt der Besitzer des Feinblech-Walzwerkes „Nakayama Usu Tetsuban Kojo“ in Osaka die Errichtung eines Draht-Walzwerkes in seinen Betrieben. Dieses soll bis zum Frühjahr des nächsten Jahres in Betrieb genommen werden und monatlich 5000 bis 7000 Tonnen erzeugen. Ferner beabsichtigt das Kobe-Stahlwerk Anfang des nächsten Jahres eine beträchtliche Steigerung seiner Walzdrahtausbringung vorzunehmen. Schon gegenwärtig beträgt die Monatserzeugung der drei größten Werke des Walzdraht-Syndikats, der Yawata-Staatswerke, des Kobe-Stahlwerks und von Asano-Kokura über 18 000 Tonnen, während die Walzdrahtzufuhr im ersten Drittel des Jahres 1932 etwa 3000 Tonnen monatlich ausmacht.

Die Steigerung der Walzdrahtproduktion in Japan während der letztvergangenen zwei Jahre und insbesondere der jeweils ersten beiden Monate der betreffenden Jahre zeigen folgende Zahlen:

| Jahresproduktion. | | | |
|------------------------------|----------------|----------------|--|
| 1930 | 1931 | | |
| 122 913 Tonnen | 176 358 Tonnen | | |
| Produktion Januar — Februar. | | | |
| 1930 | 1931 | 1932 | |
| 16 724 Tonnen | 27 785 Tonnen | 32 908 Tonnen. | |

Wenn die geplante Neuaufnahme der Herstellung von Walzdraht durch die genannten Werke auch nur einigermaßen durchgeführt wird, so wird für die Einfuhr von Walzdraht nach Japan kaum noch Aussicht bestehen, vor allem deshalb nicht, weil inzwischen der Zoll für Walzdraht stark erhöht worden ist und das Walzdraht-Syndikat eine Preissenkung plant.

Aber trotz all dieser noch offenstehenden Absatzmöglichkeiten durch Verdrängung der Einfuhr, wird sich die Überproduktion gegenüber der kaufkräftigen Nachfrage in Japan bald genug wieder bemerkbar machen. Denn wie ein weiterer Aufsatze zeigen wird, wird die Konsumfähigkeit der breiten Masse, die direkt oder indirekt die Eisenproduktion in Form von Konsumgütern kauft, künstlich niedrig gehalten. Die genannte Steigerung der Erzeugung ist zudem nur als ein Anfang gedacht!

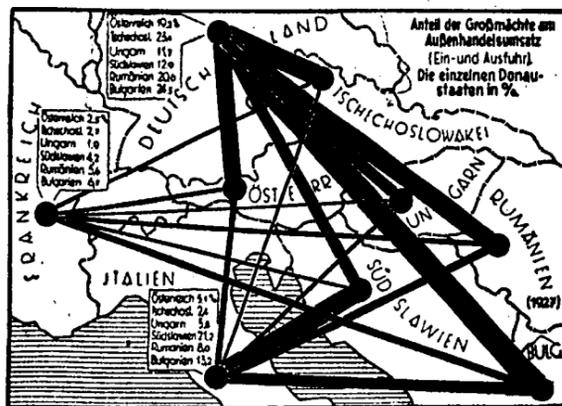
R. H 811.

DEUTSCHLAND

Mais-Monopolpreis erhöht: Der Preis für Donau-Mais wurde von 155 auf 180 Mark, der für La-Plata- und anderen Mais von 160 auf 195 Mark erhöht. Durch Verkoppelung der Abgabe von verbilligtem Mais mit dem Kauf inländischer Futtermittel wird vielleicht die eben vorgenommene Preiserhöhung für die Viehzüchter erträglicher gemacht. — Das Ziel ist klar: Die Junker wollen auf alle Fälle vermeiden, daß eine gute Ernte zu Preissenkungen für Futtermittel führt.

Erhöhung der Zölle für Schmalz und Speck. Der Zoll für Schmalz wird von 6 auf 10 Mark pro Doppelzentner, der Zoll für Speck von 14 auf 20 Mark pro Doppelzentner erhöht. Die Reichsregierung bezeichnet diese Erhöhung als den „ersten Schritt“ zur Besserung der Lage der bäuerlichen Veredelungswirtschaft. Ist die Erhöhung des Maispreises der zweite Schritt? Der erste Schritt wird Holland und Dänemark weiter verschonfen. Geplant ist übrigens eine weitere Herabsetzung des Speckzollens auf 55 Mark; diese Herabsetzung wäre erst möglich nach Kündigung des deutsch-dänischen Handelsvertrages, die offenbar fest in Aussicht genommen ist.

Außenhandelsverflechtung der Donaustaaten.



Bei internationalen Verhandlungen taucht immer wieder das Donauprobem auf: Die Donaustaaten, die zum Teil vor dem Weltkrieg ein einheitliches Wirtschaftsgebiet bildeten, leiden besonders stark unter der Krise, insbesondere unter den Absperrungsmaßnahmen derjenigen Länder, mit denen sie wirtschaftlich verflochten sind.

Unser Schaubild zeigt deutlich, daß eine Lösung des Donauprobems unter Ausschließung von Deutschland vernünftigerweise nicht in Frage kommt. Deutschland steht als Lieferant all dieser Länder an erster Stelle. Als Abnehmer ungarischer Produkte steht es hinter der Tschechoslowakei und Italien, als Abnehmer jugoslawischer Produkte hinter Italien; für Oesterreich, Bulgarien, Rumänien und ebenso Griechenland ist dagegen Deutschland der beste Kunde.

Die wirtschaftliche Verflechtung der Donaustaaten mit Frankreich ist so gering, daß eine handelspolitische Anlehnung an Frankreich ihnen nur wenig Nutzen bringen könnte. (Siehe die dünnen Linien, durch die Frankreich in unserem Schaubild mit den Donaustaaten verbunden ist!) Diese in der deutschen Presse oft vertretene Behauptung ist ausnahmsweise keine deutsche nationalistische Lüge. Es ist zum Verständnis der Verhandlungen über das Donauprobem gut, das zu wissen.

H. H.

Sowjet-Union und Deutschland.

Zur Zeit ist kein Land durch Außenhandel so eng mit der Sowjet-Union verflochten wie Deutschland. Die Ausfuhr einiger wichtiger Länder nach der Sowjet-Union hat sich vom 1. Vierteljahr 1931 zum 1. Vierteljahr 1932 folgendermaßen verändert:

| | 1. Vierteljahr 1931 | 1. Vierteljahr 1932 |
|----------------------------|---------------------|---------------------|
| | Millionen Mark | |
| Deutschland | 129 | 181 |
| USA | 185 | 16 |
| Großbritannien | 29 | 37 |
| Frankreich | 3 | 1 |
| Italien | 13 | 15 |
| Polen | 15 | 2 |
| Tschechoslowakei | 14 | 4 |

Für Deutschland machte im ersten Vierteljahr 1931 die Ausfuhr nach der Sowjet-Union 5 Prozent der Gesamtausfuhr aus, 1932: 11 Prozent. Im Jahr 1931 ging ein Viertel der deutschen Walzeisenausfuhr nach der Sowjet-Union, im Durchschnitt der Monate Januar bis Mai 1932: 34 Prozent. Im Mai erlebte die Walzeisenproduktion und -ausfuhr Deutschlands eine Sonderkonjunktur: Die Walzeisenausfuhr stieg vom April auf Mai von 81 000 Tonnen auf 184 000 Tonnen; von der Mai-Ausfuhr gingen 74 Prozent nach der Sowjet-Union. (Nach Angaben des Instituts für Konjunkturforschung.)

Reichsbank am Halbjahresende.

(Angaben in Millionen Mark.)

| | Gold | Devisen | Reichs-schatz-scheine | Wechsel-scheine | Noten-umlauf | Giro-mittel | Gesamt-Geld-umlauf | |
|-------------|------|---------|-----------------------|-----------------|--------------|-------------|--------------------|------|
| 23. 6. 1931 | 1411 | 93 | — | 187 | 2350 | 3728 | 483 | 5210 |
| 30. 6. 1931 | 1421 | 300 | 74 | 355 | 2579 | 4295 | 398 | 5971 |
| 23. 5. 1932 | 856 | 185 | 7 | 95 | 2797 | 3739 | 335 | 5633 |
| 31. 5. 1932 | 863 | 129 | 18 | 257 | 2990 | 3961 | 431 | 5990 |
| 23. 6. 1932 | 823 | 138 | 1 | 103 | 2869 | 3717 | 400 | 5640 |
| 30. 6. 1932 | 432 | 130 | 2 | 261 | 3100 | 3934 | 478 | 6055 |

Die Deckungsbestände der Reichsbank haben sich um insgesamt 0,5 Millionen Mark vergrößert. Dem Abgang von deckungsfähigen Devisen für 8,3 Millionen Mark zur Begleichung von Zinsforderungen des Auslandes steht ein Zustrom von 8,8 Millionen Mark Gold aus der Sowjet-Union gegenüber.

Die Ausleihungen sind um 390 Millionen Mark gestiegen. Diese Steigerung ist, obgleich es sich diesmal um das Halbjahresende handelt, nicht wesentlich größer als Ende Mai. Damals betrug sie 371 Millionen Mark. Eine Vergleichung mit den Ausleihungen zum Halbjahresende der Vorjahre zeigt deutlich, wie stark die Geschäfte unter dem Einfluß der Krise geschrumpft sind. Die Steigerung der Ausleihungen betrug

| | |
|----------------------------|--------------------|
| am 30. Juni 1929 | 621 Millionen Mark |
| am 30. Juni 1930 | 566 Millionen Mark |
| am 30. Juni 1931 | 521 Millionen Mark |
| am 30. Juni 1932 | 390 Millionen Mark |

Der Notenumlauf hat sich um 267 Millionen auf 3984 Millionen Mark vergrößert. Der gesamte Geldumlauf beträgt 6055 Millionen Mark und ist somit 65 Millionen Mark größer als Ende Mai, und um 84 Millionen Mark größer als Ende Juni vorigen Jahres.

Bey.

USA

Internationales Kupferkartell aufgelöst: Die Einführung eines Kupferzolls in den USA hat zu einer weiteren Senkung des Kupferpreises auf dem Weltmarkt geführt, wie wir das in Nr. 144 vorausgesagt haben. Im Zusammenhang damit haben so viele Firmen ihren Austritt aus dem internationalen Kupferkartell erklärt, daß dieses fast keine Mitglieder mehr hat. — Versuche, ein außeramerikanisches Kupferkartell zu gründen, werden gemacht, dürften aber keinen wesentlichen Erfolg haben.

Kapitalfehlleitungen in Japan.

Ogleich die Weltwirtschaftskrise auf Japan ebenso schwer lastet wie auf den meisten anderen Ländern und die Schere zwischen der Produktionsfähigkeit der Grobisenindustrie und dem Verbrauch von deren Erzeugnissen weit auseinanderklafft, werden noch immer neue Kapitalien in der Schwerindustrie angelegt. Diese Investitionen erfolgen einerseits in der hoffnungsvollen Annahme, daß die Krise doch bald ein Ende finden und die Industrie dann der zunehmenden Nachfrage in der Zeit ansteigender Konjunktur technisch gewachsen sein müsse, und ferner in der Hoffnung, daß es gelingen möge, unter freundlicher Unterstützung durch den japanischen Staat die Einfuhr von Eisenprodukten vollends zu verdrängen. Der imperialistische japanische Staat hat in der Tat ein dringendes Interesse daran — wie jeder andere imperialistische Staat — die für den Kriegsfall wichtige Eisenindustrie vom Ausland möglichst unabhängig zu machen und in Stand zu setzen, im Kriegsfall auch eine erhöhte Nachfrage zu befriedigen.

Folgende Werke werden zur Zeit neu gebaut:

1. Feinblech-Walzwerke.

Drei neue Fabriken stehen vor der Vollendung. Es handelt sich um Außenseiter, die dem japanischen Feinblech-Syndikat — noch! — nicht angehören. Das erste Werk hat allerdings schon Verhandlungen mit dem Syndikat geführt, die bisher daran scheiterten, daß man sich noch nicht auf eine beide Seiten befriedigende Quote einigen konnte. Es handelt sich um das Feinblech-Walzwerk von Nakayama in Teurumi bei Yokohama. Die Arbeit soll dort im Herbst aufgenommen und es sollen monatlich zunächst 1000 Tonnen erzeugt werden. Die Rohstoffe (Platinen) werden von der nahegelegenen Werft des Asano-Konzerns bezogen.

Die zweite neue Fabrik ist das Schwarzblech-Walzwerk der Azuma-Firma in Tokio, die im Sommer mit monatlich 1500 Tonnen die Produktion aufnehmen will. Die Rohstoffe werden zunächst wohl noch aus Luxemburg und Belgien bezogen werden, da die in Frage kommenden japanischen staatlichen Yawata-Werke noch nicht liefern können.

Der dritte Neubau schließlich ist der von dem Unternehmer Tomi-naga geplante Bau eines Feinblech-Walzwerkes in Odamura in Hyogoken, das monatlich 1000 bis 1500 Tonnen auf den Markt werfen soll. Die Rohstoffe würden zum Teil von den Yawata-Werken bezogen werden, zum Teil müßten sie importiert werden.

Sobald diese Werke in Vollbetrieb genommen werden, erhöht sich also die monatliche Produktion um etwa 4000 Tonnen, das wäre rund ein Sechstel der Produktion vom Februar 1932, wie folgende Produktionsziffern zeigen.

Jahresproduktion.

| 1930 | 1931 | |
|------------------------------|----------------|---------------|
| 231 526 Tonnen | 263 388 Tonnen | |
| Produktion Januar — Februar. | | |
| 1930 | 1931 | 1932 |
| 37 178 Tonnen | 38 999 Tonnen | 46 483 Tonnen |

Eine starke Steigerung trotz Weltwirtschaftskrise und abnehmender Nachfrage!

Maßgebend ist das Bestreben, die Feinblech-Lieferung aus dem Ausland, in der Hauptsache die Lieferung von Platinen aus Deutschland, ganz auszuschalten und diesen Bedarf nur noch bei japanischen Werken zu decken. In erster Linie werden dafür die japanischen Staatswerke in Frage kommen.